



6. Stadtratsprotokoll / 6^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 18. Mai 2017, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 18 mai 2017 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Beriger Michelle, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Bösch Andreas, Bundeli Sandro, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Diop Mamadou, Fischer Pascal, Francescutto Luca, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Güdel Martin, Gugger Reto, Güntensperger Nathan, Günther Muriel, Gurtner Roland, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Haueter Joël, Jean-Quartier Caroline, Kaufmann Stefan, Kugathas Sakitha, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Löffel Christian, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schmid Judith, Schneider Sandra, Schor Alfred, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strobel Salome, Suter Daniel, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiher Max

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Niels, Dillier Adrian, Känzig Urs, Koller Levin, Moser Peter, Sutter Andreas, Wiederkehr Martin

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich
Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées	Seite/Page
71. Genehmigung der Traktandenliste	224
72. Mitteilungen Stadtratsbüro	224
73. Protokollgenehmigungen (12. und 13. Oktober 2016 / Nrn. 11 und 12).....	224
74. Überparteiliche Motion 20160275, Dennis Briechle, GLP, Nathan Güntensperger, GLP, Dana Augsburger-Brom, SP, Peter Bohnenblust, FDP, Pascal Fischer, Die Eidgenossen, Christoph Grupp, Grüne, Reto Gugger, BDP, "Initiativrecht: Mehr Mitsprache-Zeit für den Stadtrat".....	225
75. Motion 20160276, Pascal Fischer, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, "Erhaltungsfonds für städtische Bauten"	225
76. Überparteiliches Postulat 20160277, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Christoph Grupp, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Jeremias Ritter, GLP, "Leitlinien für die Mitarbeitenden und für die Erbringung von Dienstleistungen der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste"	226
77. Interpellation 20160316, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, "Bewilligung von Parkplätzen"	230
78. Überparteiliche Interpellation 20160279, Reto Gugger, BDP, Pascal Bord, PRR, "Gleichbehandlung bei der Sprachförderung für alle Kinder"	232
79. Dringliches Postulat 20170053, Judith Schmid, PdA, "Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen"	234
• Ordnungsantrag.....	246
80. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20170159, Cécile Wendling, FDP, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, Christoph Grupp, Grüne, Salome Strobel, SP, Pascal Fischer, DE, "Ohne die Römerquelle gäbe es Biel nicht"	248
81. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170160 Glenda Gonzalez, Groupe PSR, Myriam Roth, Groupe Les Verts, "Wird Biel/Bienne Biel?".....	248
82. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20170161 Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Judith Schmid, PdA, "Leistungsauftrag Ansprechstelle Integration"	248
83. Dringliche Interpellation 20170054, Pascal Bord, PRR, "Ist den Bieler Behörden die Abstimmung über die Zugehörigkeit von Moutier gleichgültig?"	249
84. Dringliche Interpellation 20170055, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, "Olympische Spiele 2026: Engagement der Stadt Biel"	252
85. Dringliche Interpellation 20170056, Mohamed Hamdaoui, Fraktion PSR, "Über Geschmack lässt sich..."	256
86. Dringliche Interpellation 20170057, Susanne Clauss und Anna Tanner, Fraktion SP, Glenda Gonzales, Fraktion PSR, "Teilrevision Sozialhilfe- gesetz Vernehmlassung durch RR Schnegg und die Folgen für die Gemeinde Biel"	257
87. Motion 20160310, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, "Parkgebühren senken"	260
88. Postulat 20160311, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, "Bahnhofplatz: Verkehrsströme mit Lichtsignalanlage steuern"	265

89.	Überparteiliches Postulat 20160312, Daniel Suter, PRR, Marcel Morandi, Fraktion BVP/CVP/BDP, Leonhard Cadetg, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, "Verkehrlich flankierende Massnahmen A5 (vfM), Ostast".....	266
90.	Postulat 20160348, Leonhard Cadetg, FDP, "Strandboden: Die Stadt Biel und ihr See"	268
91.	Interpellation 20160313, Pierre Ogi, Fraktion SP, "Was läuft im Übersetzungsdienst der Stadt Biel?".....	270
92.	Interpellation 20160314, Nathan Güntensperger, GLP, "Finanzen aus dem Lot".....	272
93.	Interpellation 20160315, Mohamed Hamdaoui und Caroline Jean-Quartier, PSR "Wie ein Baum in der Stadt..."	273
94.	Neueingänge.....	275

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Stadtratssitzung. Speziell begrüssen möchte ich Muriel Günther, die heute zum ersten Mal unter uns ist. Sie folgt auf Niklaus Baltzer (*Applaus*). Auf Ihren Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Flyer Fête du Robi-Fest
- Jahresbericht 2016 der Stadtbibliothek
- Zeitung "Vision2035"

Auf dem Tisch des Weibels liegt der Jahresberichte 2016 der Müve Biel-Seeland AG, ARA Region Biel AG, ARA Orpund und Umgebung, ST Biel-Seeland AG auf.

71. Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird vom Stadtrat stillschweigend genehmigt.

72. Mitteilungen Stadtratsbüro

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Wie Sie bereits informiert wurden, findet die Stadtratssitzung vom 1. Juni 2017 nicht statt.

73. Protokollgenehmigungen (12. und 13. Oktober 2016 / Nrn. 11 und 12)

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Herr Gugger wird im Protokoll Nr. 12 vom 13. Oktober 2016 auf Seite 499 (*"Wenn jetzt schlau investiert und primär darauf geachtet wird, das lokale Gewerbe zu berücksichtigen, bleibt das von der Stadt ausgegebene Geld aber zum Teil wieder bei den Unternehmen hängen und fliesst nicht in Form von Steuern wieder zurück."*) nicht richtig wiedergegeben. Richtig sollte es heissen: *"Mir ist zudem folgende Überlegung wichtig: Wenn jetzt schlau investiert und primär darauf geachtet wird, das lokale Gewerbe zu berücksichtigen, fliesst ein Teil des von der Stadt ausgegebenen Geldes als Unternehmenssteuer wieder in die Stadtkasse zurück."*

Die Protokolle Nrn. 11 und 12 vom 12. und 13. Oktober 2016 werden mit dieser Änderung vom Stadtrat stillschweigend genehmigt.

74. Überparteiliche Motion 20160275, Dennis Briechle, GLP, Nathan Güntensperger, GLP, Dana Augsburg-Brom, SP, Peter Bohnenblust, FDP, Pascal Fischer, Die Eidgenossen, Christoph Grupp, Grüne, Reto Gugger, BDP, "Initiativrecht: Mehr Mitsprache-Zeit für den Stadtrat"

(Text der überparteilichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, die überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Güntensperger Nathan, GLP: Die MotionärInnen sind mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Sie bedanken sich für die Beantwortung und bitten den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

75. Motion 20160276, Pascal Fischer, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, "Erhaltungsfonds für städtische Bauten"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Motion. Die Stadt hat es in der Vergangenheit verpasst, die nötigen finanziellen Rückstellungen für die Sanierung und den Unterhalt der Bieler Gebäude vorzunehmen. Das ist ein Fakt. In Zeiten knapper finanzieller Mittel steigt die Gefahr, dass anstehende Projekte und Verpflichtungen nicht mehr angegangen oder auf die lange Bank geschoben werden. Das ist nicht nur bei Gebäuden so, sondern auch bei Fahrzeugen. Stehen der Service für das Auto oder Unterhaltsarbeiten an einem Gebäude an, ist das Konto aber leer, wird kaum ein Termin mit den Fachleuten vereinbart. Obwohl alle wissen, dass dies nicht das Gelbe vom Ei ist, wird dies so gemacht. So lange nichts ernsthaft defekt ist, wird auf den Unterhalt verzichtet. Nun ist es aber so, dass gemäss "Murphys Law" alles immer vor den Sommerferien kaputtgeht und sowohl die Zeit als auch das Geld für Reparaturarbeiten fehlt. Um die notwendigen finanziellen Mittel sicherzustellen, forderte ich in meiner Motion einen Erhaltungsfonds. Eine Spezialfinanzierung enthält im Gegensatz zu einem Erhaltungsfonds nur buchhalterisches Geld, also keine flüssigen Finanzmittel. Steht die Sanierung einer Baute an, muss zuerst Geld beschafft werden. Der von mir angedachte Erhaltungsfonds aber enthielte reales Geld, das sofort für Renovationen, Umbauten, Erweiterungen und unter Umständen auch für Mobilien verwendet werden könnte. Steht eine grosse Sanierung an, könnten diese Gelder ebenfalls beigezogen werden, wodurch der Verpflichtungskredit tiefer ausfiele. So lange Banken Negativzinsen für angelegtes Geld verlangen, ist sparen nicht von Vorteil. Das sehe auch ich so. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, er sei daran, den Zustand der städtischen Verwaltungsliegenschaften zu erfassen. Sobald erste Erkenntnisse vorliegen, soll die Einführung einer Spezialfinanzierung

nochmals geprüft werden. Der Gemeinderat soll die für diese Abklärungen nötige Zeit bekommen... Ich hoffe aber, dass dies nicht 30 oder mehr Jahre dauern wird... Der Gemeinderat soll zum Wohle der Stadt und ihrer Finanzen vorwärts machen. Ein Erhaltungsfonds oder eine Spezialfinanzierung sind notwendig, sollen die Sanierungskosten in Zukunft weniger hoch ausfallen. Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat bin ich einverstanden.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

76. Überparteiliches Postulat 20160277, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Christoph Grupp, Grüne, Dana Augsburg-Brom, SP, Jeremias Ritter, GLP, "Leitlinien für die Mitarbeitenden und für die Erbringung von Dienstleistungen der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des vorliegenden Postulats. Vor ein paar Tagen erhielt ich die Gelegenheit, mich in groben Zügen über das Massnahmenpaket zur Verbesserung der Situation bei der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste informieren zu lassen. Darüber darf ich aber keine konkreten Aussagen machen. Es obliegt Herrn Feuerer, dies anschliessend zu begründen. Ich möchte mit guten Nachrichten beginnen: Die zuständige Direktion anerkennt, dass Probleme vorliegen. Sie sollen nun mit externer Unterstützung behoben werden. Die externe Analyse hat sicher dazu beigetragen, die teilweise gravierenden organisatorischen und personellen Mängel aufzuzeigen. Die im Postulat genannten Ziele A-F sollen gebündelt anvisiert werden. Ich frage mich aber, ob das realistisch ist, denn das Personal ist bereits heute am Anschlag. Die umfassenden Änderungsprozesse, wie sie vorliegend angedacht sind, brauchen ebenfalls Ressourcen und das Personal muss für deren Umsetzung motiviert werden. Zudem können die Massnahmen nur greifen, wenn sie optimal aufeinander abgestimmt werden. Kurzfristig ist es sehr wichtig, den angehäuften Pendenzenberg abzubauen. Dafür braucht es zusätzliche personelle Ressourcen sowie klarere Zuständig- und Verantwortlichkeiten. Jedoch können die Massnahmen politisch nicht beurteilt werden, solange sie nicht kommuniziert werden... Eine weniger gute Nachricht ist die, dass die Reorganisation bis 2019 dauern wird. Erst ab dann können nachhaltig sichtbare Veränderungen erwartet werden. Auch ist noch nicht sicher, ob alle angedachten Massnahmen realisiert werden können. Das hängt davon ab, ob interne und externe personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen werden. Gemeinderat und Stadtrat müssen im Endeffekt die nötigen Mittel und die Stellen genehmigen. Ich weiss nicht, wann der Gemeinderat über die vorgesehenen Massnahmen informieren wird. Mir wurde aber versichert, dass dies vor oder nach der Sommerpause erwartet werden darf, nämlich sobald das Budget 2018 vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Die schlechte Nachricht ist, dass die in der Beantwortung versprochene Umsetzung der Massnahmen noch in diesem Jahr nicht möglich sein wird. Dieses Jahr können erst ein paar Massnahmen, sicher aber nicht alle realisiert werden. Per August 2018 wurden bereits ein paar neue Stellen bewilligt,

was den Leidensdruck sicher etwas mildern wird. Damit sind aber noch längst nicht alle Ziele erreicht. Der Zeitplan zur Umsetzung aller Massnahmen ist auf mehrere Jahre ausgelegt, was angesichts des grossen Anpassungsbedarfs auch realistisch ist. Leider kann auch nach wie vor nicht erwartet werden, dass ein internes Kontrollsystem (IKS) die Qualität der Dienstleistungen und Abläufe sichert. Hingegen könnte eine Vorstufe zu einem IKS eingeführt werden. Der Stadtrat ist sich wohl einig, dass es mit der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste nicht so weitergehen kann wie bisher. Deshalb soll der Gemeinderat nun die Möglichkeit bekommen, Verbesserungen vorzunehmen, je früher, desto besser. Die Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats ist ein wichtiger Schritt dahin. Ich bin aber sicher, dass sich der Stadtrat mit diesem Thema noch lange beschäftigen wird - zum Leid der Bevölkerung. Eines aber ist sicher: die PostulantInnen werden die Situation genau beobachten.

Molina Franziska, Fraktion EVP/BDP: Vorliegendes Postulat bittet den Gemeinderat, die Qualität der Dienstleistungen der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste zu überprüfen und regt die Schaffung von Erlassen und Leitlinien an. Viele erwähnte Anliegen werden bereits in der Stadtordnung (SGR 101.1), im Personalreglement (SGR 153.01) und in der Personalverordnung (SGR 153.013) geregelt. Die Fraktion EVP/BDP ist deshalb der Ansicht, dass es keine weiteren Erlasse braucht. Der Gemeinderat hält in seiner Beantwortung fest, dass mögliche und notwendige Massnahmen zur Optimierung der Dienstleistungen der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste eingeleitet wurden, wie meine Vorrednerin erwähnte. Der Gemeinderat erklärt auch die einzelnen Massnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele. Die Anliegen des Postulats sind somit erfüllt. **Deshalb beantragt die Fraktion EVP/BDP, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.**

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: En parcourant ce postulat, il m'est à nouveau apparu qu'il est inconcevable, pour une partie des intervenant(e)s de devoir attendre plus de 30 minutes dans un service public. Je ne pense pas, qu'une personne de nationalité étrangère soit mécontente de devoir attendre à un guichet pour un service, qui à l'étranger n'existe peut-être même pas ou alors, il lui faudrait attendre la journée entière, pour ne pas avoir la certitude d'être servie. Pour cela, il n'est pas nécessaire de traverser la Mer Méditerranée, car il vous suffit de vous rendre à l'Ambassade d'Italie à Berne, où je suis habitué à aller, en emportant plusieurs livres, afin que la journée ne paraisse pas interminable. Chez nous, on crie au scandale dès qu'une personne étrangère doit faire un effort supplémentaire par rapport à une personne suisse. À mon avis, le vrai problème est que la majorité des personnes de notre société ne supporte plus rien et pense que tout leur est dû.

Pour ce qui est des délais pour le traitement des naturalisations, il me semble que les intervenant(e)s ne se rendent pas compte du travail que cela implique pour les employé(e)s du Service des habitants et services spéciaux. En premier lieu, les dossiers doivent aussi être traités par la Police cantonale et le Service des migrations du Canton de Berne. De plus, le demandeur peut encore formuler un recours à la décision et cela prolongera encore l'attente en vue de l'obtention de la naturalisation. Le Groupe UDC/Les Confédérés est choqué par les termes utilisés dans le postulat.

En effet, il est reproché aux employé(e)s d'être malhonnêtes et de s'adresser aux clients sur un ton désobligeant, voir même menaçant. C'est à notre sens, un manque de respect flagrant de la part des intervenant(e)s envers les employé(e)s de la Ville de Bienne. Savez-vous ce qu'ils et ce qu'elles endurent parfois dans ce service face aux clients récalcitrants? Ne pensez-vous pas, que certains clients peuvent aussi être arrogants et malhonnêtes? Tout ceci nous ramène à la constatation, que certaines personnes estiment que tout leur est dû. Dans une ville, qui héberge autant de personnes de nationalité étrangère, il faut également compter avec certains services embourbés, mais il faut relever que la majorité des personnes étrangères sont satisfaites des services qui sont à leur disposition et remercient la Ville de les accueillir et de leur offrir une si belle vie et des services publics compétents.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Wie bereits gesagt wurde, ist das vorliegende Postulat ein Vorstoss unter vielen zur Verbesserung der Situation bei der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste. Der Gemeinderat führt in seiner Beantwortung die Zielsetzungen der 34 beschlossenen Massnahmen auf, die gemäss seiner Beurteilung zu einer Verbesserung der Situation beitragen und geeignet sein könnten. Er kommt zum Schluss, *"dass die Anliegen der Postulantinnen und Postulanten mit der erwähnten Umsetzung erfüllt werden, soweit sie dies nicht bereits sind."* Die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen bilden die nötigen Grundlagen. Das Postulat regte eine Prüfung an, die mittlerweile stattgefunden hat. Deshalb ist das Postulat erfüllt. **Auch die Fraktion FDP beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.**

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich möchte mich für die weitgehend positive Aufnahme der gemeinderätlichen Antwort bedanken. Der Gemeinderat hat mehrfach über die Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste beraten und die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Dem Gemeinderat ist seit Längerem bewusst, dass Handlungsbedarf besteht. In einem ersten Schritt veranlasste er vor einigen Jahren eine Reorganisation, die inzwischen umgesetzt wurde und auch etliche Verbesserungen mit sich brachte. Ich erinnere daran, dass die AusländerInnen früher durchs ganze Treppenhaus und bis auf die Strasse hinaus anstehen mussten, ohne zu wissen, ob sie am betreffenden Tag noch an die Reihe kommen. Das war wirklich eine sehr schwierige Situation, die verbessert werden konnte. Es gibt aber sicher noch mehr Optimierungspotenzial. Diesbezüglich hat der Gemeinderat keine Differenzen mit den PostulantInnen oder zu weiteren, bereits behandelten Vorstössen zum selben Thema. Frau Tennenbaum erwähnte, dass der Gemeinderat momentan noch nicht über alle zu treffenden Massnahmen orientieren kann. Er hat aber beschlossen, per 1. August 2016 neue Stellen zu schaffen. Zudem hat er ein Massnahmenpaket verabschiedet, das nun umgesetzt werden soll. Ausserdem wurden finanzielle Mittel für eine zwingend notwendige externe Begleitung gesprochen. Es zeichnet sich aber bereits jetzt ab, dass die bereits geschaffenen neuen Stellen für die Umsetzung aller vorgesehener Massnahmen nicht ausreichen werden. Einerseits braucht es vorübergehend mehr Personal, um den entstandenen Rückstand in der Dossierbearbeitung aufzuarbeiten. Andererseits soll aber auch die Grundversorgung verbessert werden, was ebenfalls mehr Personal bedingt. Diese Massnahmen stehen in engem Zusammenhang mit dem Budgetprozess, der jetzt erst beginnt. Der Gemeinderat will den Budgetprozess abwarten und in der Entscheidungsfindung flexibel bleiben. Deshalb kann er jetzt noch nicht detailliert informieren.

Frau Tennenbaum erwähnte, dass momentan noch kein IKS vorgesehen ist. Trotzdem sieht der Gemeinderat aber bereits jetzt weitgehende Kontrollmassnahmen vor, unter anderem ein Monitoring bezüglich der ergriffenen Verbesserungsmassnahmen. Im Weiteren geht es beispielsweise um den Ausbau der Schalteröffnungszeiten, die Automatisierung von Adressauskünften, eine weitere Optimierung des Wartebereichs oder die Einführung eines anspruchsvollen Gruppenmanagements. Dies sind nur ein paar wenige Beispiele. Bei den Wartezeiten konnte schon einiges erreicht werden, wie in der Beantwortung erwähnt wird. Heute sind die Wartezeiten in Biel vergleichbar mit denjenigen in Bern. Dennoch sollen sie auch noch weiter verkürzt werden. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen bemängelte den Ton des Postulats. Auch der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Mitarbeitenden der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste in Anbetracht der Rahmenbedingungen sehr engagiert arbeiten. Ihre Arbeitsbedingungen sind nicht immer einfach, trotzdem leisten sie sehr viel und konnten bereits einiges erreichen. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und ist auch bereit, zu einem späteren Zeitpunkt über die Verbesserungsmassnahmen zu berichten. Deshalb bitte ich den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen und den Vorstoss noch nicht abzuschreiben.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP/JUSO: Über die Erheblicherklärung dürften sich alle einig sein. Es fragt sich nun aber, ob das Postulat abgeschrieben werden soll. Die Fraktion SP/JUSO wird einer Abschreibung nicht zustimmen. Der Gemeinderat sagt, er sehe noch viele Verbesserungsmöglichkeiten und möchte daran weiterarbeiten. Weshalb soll er die notwendige Zeit dafür nicht erhalten, wenn er sie doch braucht?

Löffel Christian, Fraktion EVP/BDP: Es ist eine permanente Aufgabe des Gemeinderats, den Gang der Stadtverwaltung zu überprüfen und zu verbessern, unabhängig davon, ob das vorliegende Postulat abgeschrieben wird oder nicht. Entweder macht der Gemeinderat seine Arbeit, schaut hin und versucht, Verbesserungen zu erzielen oder er macht seine Arbeit nicht, dann braucht es tatsächlich Vorstösse wie den vorliegenden, damit etwas geht. Für das Endresultat spielt es deshalb keine Rolle, ob das Postulat abgeschrieben wird oder nicht.

Abstimmung

- über die Anträge der Fraktionen BVP/EVP sowie FDP, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt.

77. Interpellation 20160316, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, "Bewilligung von Parkplätzen"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Interpellant ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Bei grösseren Wohnbauprojekten schreibt das kantonale Baurecht innerhalb einer gewissen Bandbreite die Erstellung einer gewissen Anzahl Parkplätze vor. Die Idee dahinter ist die, dass die Fahrzeuge der späteren Bewohnerschaft nicht im Quartier abgestellt werden, sondern direkt in zur Überbauung gehörenden Einstellhallen. Es gilt also das Verursacherprinzip. Werden zu viele Parkplätze erstellt, ziehen diese zusätzlichen Verkehr an. Gerade die Innenstadt ist dicht bebaut, die Wege sind kurz und könnten gut mit dem öffentlichen Verkehr, zu Fuss oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Deshalb wären in der Innenstadt weniger Parkplätze sinnvoll. Meine Fragen in der Interpellation hängen damit zusammen. Meiner Idee nach müsste bei der Einreichung eines Baugesuchs darauf hingewiesen werden, dass statt vieler Parkplätze alternativ auch nur die kleinste notwendige Anzahl Parkplätze erstellt werden kann. Dies würde zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und damit zur Verkehrsberuhigung in der Innenstadt beitragen. Der Gemeinderat entgegnet, dass sich die Stadt bei der Bewilligung von Parkplätzen an die rechtlichen Vorgaben hält. Das finde ich korrekt. Ich erinnere aber an das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 761.8) oder an das Gesamtmobilitätskonzept Zustand A5-Ostast. Gemäss diesen Vorgaben soll sich die Stadt dafür einsetzen, den motorisierten Verkehr in Biel zu beruhigen. So steht in Art. 5 Abs. 1 des Reglements zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs ausdrücklich: *"Die Stadt entwickelt Projekte zur Sensibilisierung und Kommunikation [...]"* Es geht also nicht darum, dass die Bewilligungsbehörde die Bauwilligen dazu zwingt, weniger Parkplätze zu realisieren. Aber sie soll darüber informieren und auf die Möglichkeit hinweisen, nicht die maximal erlaubten Parkplätze zu planen. Übrigens stellt sich die Frage nach der Anzahl Parkplätze sowieso mit dem Einreichen der Baubewilligung, der Aufwand für eine Sensibilisierung in diese Richtung wäre also nicht sehr gross. Ob sie erfolgen soll oder nicht, ist eine politische Entscheidung.

Zu den Antworten auf die zweite und dritte Frage noch folgende Nachfragen: Gemäss Antwort 2 versucht die Bewilligungsbehörde oftmals, Projekte so zu beeinflussen, dass sie den Zielen der Stadtentwicklung besser entsprechen. Dazu führt die Bewilligungsbehörde oft auch Gespräche, die über den eigentlichen Verfahrensrahmen hinausgehen. Kann der Gemeinderat dazu Beispiele nennen? Mich würde vor allem interessieren, ob dabei auch die Anzahl Parkplätze thematisiert wird. Zu Frage 3 steht, auf der Website von Mobiclick würden Fachpersonen für autofreies oder autoarmes Wohnen genannt. Auf der betreffenden Website habe ich aber keine entsprechenden Informationen gefunden. Ich weiss aber, dass der VCS eine Plattform zu diesem Thema aufgebaut hat und seit 2015 ist die Städtekonferenz Mobilität des Städteverbandes dort Partnerin. Diese Informationen könnten also relativ einfach auf die Website von Mobiclick übernommen werden. Wird sich der Gemeinderat dafür einsetzen, dass Mobiclick auch Informationen und Hilfestellungen zu autofreiem und autoarmem Wohnen anbietet? Ich danke für die Beantwortung

dieser Zusatzfragen. Gerade weil die in der Interpellation gestellten Fragen nicht vollumfänglich beantwortet wurden, bin ich von der Beantwortung nicht befriedigt.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Toute personne ayant déjà vu un dossier d'octroi de permis de construire sait que cette procédure administrative est extrêmement structurée. Le requérant est confronté à de nombreux formulaires nécessitant de répondre à plusieurs questions pointues relatives à la construction projetée. Sans ces informations, l'Autorité d'octroi du permis de construire ne peut pas débiter la procédure et elle doit dialoguer avec le requérant, dans le but d'obtenir toutes les informations. Donc, vous comprendrez bien que la politique n'a pas sa place dans ce genre de procédure. Le nombre de places de stationnement est réglée par l'Ordonnance sur les constructions du Canton de Berne (OC; RSB 721.1) où le nombre de places de stationnement est limité par une fourchette à l'intérieur de laquelle il est déterminé par la partie requérante. Cette fourchette est donc un droit individuel, que le droit cantonal laisse au requérant. Depuis 2014, des constructions comprenant au minimum dix logements peuvent être réalisées pratiquement sans places de stationnement, mais en créant un concept de mobilité, qui doit être réalisé par un expert. Ce concept est ensuite examiné par l'autorité compétente avec le soutien d'un mandataire externe expérimenté. Les réponses du Conseil municipal sont donc exactes et encore une fois, je ne pense pas que la politique puisse intervenir à ce sujet. À mon avis, pour certaines personnes, aucune réponse ne sera satisfaisante aussi longtemps qu'il existe du trafic individuel motorisé

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Scheuss, ich glaube, der Gemeinderat hat keine Differenzen bezüglich den Absichten der vorliegenden Interpellation. Allerdings schlagen Sie zur Umsetzung Ihrer Ideen ein falsches Instrument vor. Die Baubewilligungsbehörde ist eine rechtsanwendende Behörde. Sie hat eine klare Aufgabe. Soll sie nun Beratungen oder Coaching anbieten, würde es schwierig. Parkplätze sind nur ein Thema von vielen, das im Zusammenhang mit Baubewilligungen interessant ist. Weitere Themen könnten beispielsweise die Energieversorgung oder die Wohnungskonzeption sein. Ich kann mir viele weitere gesellschafts- oder sozialpolitische Anliegen vorstellen. Auch könnten die Mehrheiten im Stadtrat wieder einmal ändern, wodurch sich der Auftrag verändern könnte. Aus strukturellen Überlegungen möchte ich beliebt machen, rechtsanwendende und beratende Tätigkeiten nicht zu vermischen. Viele Baugesuche sind bei deren Einreichung nicht bewilligungsfähig, oftmals auch wegen Fehlern bei der Anzahl oder der Anordnung der Parkplätze. Dann muss die rechtsanwendende Behörde aufzeigen, wo die Probleme liegen. So entsteht ein Dialog oder die rechtsanwendende Behörde kann auf eine andere, für das jeweilige Problem kompetente Behörde verweisen. So können die Bauprojekte im Sinn der stadtplanerischen Ziele optimiert werden. Das ist im Prinzip auch die Antwort auf Ihre Frage 2, Herr Scheuss. Parkplätze sind im Baubewilligungsverfahren tatsächlich immer wieder ein Thema. Darüber wird keine Statistik geführt, aber ich behaupte, bei einem Drittel aller nicht bewilligungsfähigen Gesuche liegt das Problem bei den Parkplätzen. So sind zum Beispiel zu enge Ausfahrten geplant, die Sicht wird eingeschränkt oder es erfolgt eine Gefährdung des Verkehrs. Daraus entsteht oft ein Dialog. Dass die Baubewilligungsbehörde aber keine Beratungen im Sinn der Interpellation anbietet, ist keine Frage des Aufwandes, sondern eine Grundsatzfrage. Diese Auffassung steht auch nicht im Widerspruch zur Städteinitiative oder zu anderen Vorgaben wie dem Gesamtmobilitätskonzept Zustand Ostast. Die

Baubewilligungsbehörde ist für die Anliegen der Interpellation schlicht das falsche Organ. Aus der Antwort geht zudem klar hervor, dass Mobiclick die erwähnten Aufgaben übernehmen kann. Daran arbeitet der Gemeinderat momentan. Leider machen bei diesem Projekt noch nicht alle Agglomerationsgemeinden mit, das könnte sich noch verbessern. Ich bin überzeugt, dass die Eröffnung des A5-Ostasts in gewissen Quartieren zu einer Verkehrsberuhigung führen wird. Andererseits werden sich aber auch die Verkehrsflüsse verändern und der Kommunikations- und Informationsbedarf wird zunehmen. Das ist die Chance, Mobiclick zu stärken. So kann dem Anliegen von Herrn Scheuss zum Durchbruch verholfen werden. Ich halte aber nochmals fest, dass eine rechtsanwendende Behörde keine Beratungsstelle sein kann und bitte um Ihr Verständnis.

78. Überparteiliche Interpellation 20160279, Reto Gugger, BDP, Pascal Bord, PRR, "Gleichbehandlung bei der Sprachförderung für alle Kinder"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Die Interpellanten sind von der Antwort **befriedigt**.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: J'ai accepté de signer cette interpellation surtout pour que ce thème soit mis sur la table et que le Conseil de ville et les médias en soient informés. Les francophones ont moins de chance à Bienne face à l'apprentissage. Ce n'est ni un mythe, ni une jérémiade de pleurnichard, mais la triste réalité et le Conseil municipal le confirme. Avec environ 50% de francophones à Bienne, les 30% de romands en apprentissage à Bienne prouvent que si ces personnes ne sont pas bilingues, elles doivent s'exiler dans le Jura-bernois, à Neuchâtel ou plus loin. La facilité de scolariser les enfants romands dans les écoles alémaniques est une possibilité, mais pas idéale car c'est fabriquer culturellement des suisses-allemands ou du moins ne pas apporter la culture francophone à des romands. Cette bonne idée, à premier vue, s'avère en effet pernicieuse après réflexion. Que faire face au grand nombre d'entreprises formatrices, qui ne font pas l'effort d'engager des francophones? Un groupe de travail a été mis en place et est composé de personnes du Conseil des affaires francophones (CAF), de la Ville et du Canton. Ce n'est pas une sinécure, rien n'est acquis et les moyens manquent. Pour en revenir à l'école, une autre idée serait de multiplier le bilinguisme, en commençant par les bases, en mélangeant les classes pour des branches comme la gymnastique ou le dessin. Le milieu de l'éducation favorise le dialogue pédagogique entre les classes, les niveaux, mais malheureusement pas ou trop peu les langues. Je fais donc appel aux directions d'écoles, au corps enseignant et aussi bien sûr au Département Écoles & Sport pour que la collaboration s'intensifie, même si cela est plus compliqué et demande des efforts. Il est clair, qu'en sortant de l'école obligatoire, aucun enfant biennois romand ou alémanique n'est bilingue s'il n'en a pas eu l'opportunité de le devenir, dans le cadre privé. Je remercie le Conseil municipal de sa réponse qui me satisfait, mais j'attends encore plus de soutien et d'engagement pour la minorité francophone, spécialement par le Département Écoles et sport.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Effectivement, il y a un souci au niveau de la formation professionnelle dans certains domaines. Par

contre, un francophone souhaitant devenir horloger a une voie royale, qui s'offre à lui. L'autre jour, j'ai entendu la discussion de deux jeunes alémaniques en passant devant le bâtiment Omega. Ils soutenaient, que sans savoir le français, il était impossible de trouver un poste de travail dans cette entreprise. Les francophones ne sont donc pas discriminés partout et il est aussi difficile pour les germanophones de trouver une place chez Rolex ou dans certaines entreprises horlogères à Bienne. Dans le domaine de la santé et de la vente, il existe de vraies difficultés pour les francophones et là vous faisiez un appel, Monsieur Bord, à la bonne volonté de tous. Mais, il faut aussi parler des entreprises, car il est important d'avoir des intervenants dans les entreprises, qui sont d'accord de jouer ce rôle et il faut aussi les mobiliser. Je souhaiterais tout de même signaler, qu'il y a aussi des jeunes germanophones, qui se trouvent en difficulté pour poursuivre leur formation professionnelle. Certaines catégories d'élèves, qui ont des difficultés dans le domaine scolaire ont aussi de la peine à trouver des places d'apprentissage ou à se former et à trouver une bonne issue professionnelle. Il faut également réfléchir à l'adaptation de notre programme scolaire pour les élèves germanophones, afin que tous les élèves soient mieux préparés à la vie professionnelle. Le bilinguisme est une religion en Ville de Bienne. La question est de savoir quels moyens on se donne aujourd'hui pour le renforcer. Quelles sont les chances à disposition pour que les classes francophones et germanophones cohabitent ? Quels moyens permettent les échanges et un accès meilleur à la langue partenaire? Il faut arriver à faire, qu'un élève germanophone habitant à Bienne ait plus de chance de trouver une place d'apprentissage en français, que s'il habitait en Thurgovie et inversement pour un élève francophone. Dans ce domaine, il y a encore beaucoup à faire, mais il faut aussi s'en donner les moyens.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Je partage la volonté d'interpeler les directions d'écoles et le corps enseignant, mais je tiens à vous rappeler, que les projets bilingues existent et qu'ils sont presque rendus obligatoires actuellement. Au minimum, un projet bilingue par année est réalisé avec une classe partenaire. Des efforts sont fait dans ce sens, dès les premières années d'école, mais à l'âge fatidique de 16 ans, un problème se pose. J'étais présent aux journées d'inscriptions pour les élèves, qui vont entrer en 1H. Malgré des explications données aux parents concernant l'approche du bilinguisme ainsi que les échanges réalisés, la réponse de la majorité des parents, même ceux qui demandent un changement de langue pour l'entrée en 1H, est toujours la même: *"Oui, mais quand mon enfant aura 16 ans, il ne trouvera pas de places d'apprentissage s'il est romand"*. Que doit-on faire? La plupart des discussions portant sur ce sujet sont très intéressantes et on arrive presque à changer le cours des choses, mais au dernier moment, les parents cochent la petite case "alémanique" parce qu'à 16 ans, leurs enfants devront trouver une place d'apprentissage! Le bilinguisme à Bienne est encore ressenti dans la petite phrase: *"La Ville de Bienne sera une ville bilingue lorsque tout le monde saura l'allemand, même les romands!"* C'est dommage.

79. Dringliches Postulat 20170053, Judith Schmid, PdA, "Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen"

(Text des dringlichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche Postulat nicht erheblich zu erklären.

Schmid Judith, PdA: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meines Postulats. Wie Sie sich vorstellen können, bin ich davon nicht befriedigt. Das Netzwerk von Zufluchtsstädten ist keine Institution und auch keine Organisation. Vielmehr geht es um die Bereitschaft von Städten, sich aktiv für eine Direktaufnahme von Menschen auf der Flucht am Rand von Europa einzusetzen. Weitere Massnahmen für eine nachhaltige Integration und zum Schutz vor Zwangsmassnahmen sind ebenfalls Teil dieser Bereitschaft. In Europa bilden sich zur Zeit in vielen Städten solche Initiativen, die auf eine liberale Aufnahmepolitik für geflüchtete Menschen abzielen. Deshalb: setzen wir doch auch in Biel ein solches Zeichen der Solidarität! Mir geht es nicht darum, dass Biel Flüchtlinge aus den umliegenden Gemeinden aufnehmen soll, wie es die Antwort des Gemeinderats impliziert. Mir geht es in erster Linie um Menschen, die in absolut spärlich eingerichteten Zeltlagern am Rand von Europa seit Monaten, teils sogar seit Jahren, warten. Auf dem Rosiusplatz fand vor der Stadtratssitzung eine Demonstration statt, wo auch Bilder dieser Camps gezeigt wurden. Sie können sich also vorstellen, wie es dort aussieht. Übrigens begrüsst auch das Staatssekretariat für Migration (SEM) die Bereitschaft der Städte zur Direktaufnahme. Eine Vertretung des SEM sagte im September in der Tageszeitung "Der Bund", diese Bereitschaft trage zur Unterstützung von Bund und Kantonen im Asylbereich bei. In diesem Sinn bitte ich den Stadtrat, das vorliegende Postulat zu unterstützen und **ich beantrage, alle vier Punkte erheblich zu erklären**. Zudem wünsche ich eine separate Abstimmung zu allen vier Punkten.

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Die Zurverfügungstellung von genügend Unterkünften und einer angemessenen Betreuung für die Asylsuchenden sind ein grosses Problem. Das sieht auch die Fraktion FDP so. Wenn der Stadtrat, also ein Gemeindeparlament, den Flüchtlingen helfen will, gilt es Vorschläge zu machen, die in der Kompetenz der Gemeinden liegen. Zudem sollte es weniger um "die eigene Show" als um Sachpolitik gehen. Das vorliegende Postulat hilft schlussendlich niemandem, denn die Integrationsleistungen können nicht beliebig ausgebaut werden. Vor allem die Forderung in Punkt 4 des Postulats, wonach die Stadt Biel jegliche Unterstützung bei der Ausschaffung von Flüchtlingen sowie sonstiger Zwangsmassnahmen auf Stadtgebiet verweigern soll, ist schlichtweg skandalös. Es kann nicht sein, dass eine Stadträtin den Gemeinderat zu widerrechtlichem Handeln auffordert. Das geht definitiv zu weit! Entsprechend deutlich fällt auch die Antwort des - notabene links dominierten - Gemeinderats aus. Die Antwort des Gemeinderats ist für die Fraktion FDP schlüssig und sie wird das vorliegende Postulat nicht unterstützen.

Molina Franziska, Fraktion EVP/BDP: Die Fraktion EVP/BDP unterstützt den Antrag des Gemeinderats, das vorliegende Postulat nicht erheblich zu erklären. Alle wissen, dass Biel viel für Flüchtlinge macht und in der Vergangenheit überdurchschnittlich viele aufgenommen hat. Die Fraktion BVP/EVP ist sich der Problematik der

asylsuchenden Personen bewusst und hat grossen Respekt davor. Doch die Aufnahme und Unterbringung dieser Menschen ist Aufgabe von Bund und Kanton. Die neue Asylstrategie des Bundes verstärkt diese Verantwortung noch. Diese Strategie wurde von der Partei der Postulantin klar unterstützt. Der Gemeinderat legt seine Haltung zu den verschiedenen Punkten des Postulats in seiner Beantwortung dar. Sein Fazit ist, dass das Postulat auf keine Art und Weise umsetzbar ist. Deshalb wird die Fraktion EVP/BDP das Postulat nicht erheblich erklären. Punkt 4 des Postulats ist auch in unseren Augen ein klarer Aufruf an den Gemeinderat, gegen das Gesetz zu verstossen.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO unterstützt die Punkte 1 und 2 des Postulats vollumfänglich. Die Punkte 3 und 4 werden von einer grossen Mehrheit getragen. Deshalb ist es gut, separat darüber abzustimmen. Gemäss Antwort des Gemeinderats verfügt nur der Bund über die notwendigen Informationen und Strategiekennnisse. Das ist auch gut so. Die Stadt braucht diese nicht. Aber sie kann dem Bund ihre Hilfe signalisieren und Verantwortung übernehmen. Der Postulantin ist es wichtig, dass bei solch grossen Krisen wie den derzeitigen humanitär eingegriffen wird. Angesichts der prekären Situation in den Flüchtlingscamps finde ich es zynisch, wenn in unserer Wohlstandsgesellschaft von Geldproblemen und hohen Kosten für die Flüchtlingshilfe gesprochen wird. In vielen Ländern herrscht Krieg, es geht nicht um Wirtschaftsflüchtlinge. Menschen sterben in ihren Heimatländern! Ich kann nicht nachvollziehen, dass angesichts dieser Tatsache über Geld diskutiert wird. Zudem hat der Stadtrat anlässlich seiner Sitzung vom 23. Februar 2017 Punkt 2 des überparteilichen Postulats 20160212 «Städte setzen ein solidarisches Zeichen – Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt!» erheblich erklärt. Das Postulat forderte, die Stadt Biel solle gemäss dem Vorgehen der Stadt Barcelona vertriebene Menschen aus Flüchtlingslagern direkt aufnehmen. Das ist die gleiche Forderung wie in Punkt 2 des vorliegenden Postulats. Trotzdem beharrt der Gemeinderat in seiner vorliegenden Beantwortung darauf, dies sei eine Aufgabe von Bund und Kanton. Das finde ich nicht korrekt, denn mit der Erheblicherklärung von Punkt 2 des Postulats 20160212 hat der Stadtrat dem Gemeinderat bereits einen entsprechenden Auftrag erteilt. Deshalb hätte ich vorliegend eine Antwort erwartet, die über die bisherigen Abklärungen Auskunft gibt. Ich fühle mich in meiner Funktion als Stadträtin nicht ernst genommen. Wenn der Stadtrat den Gemeinderat mit gewissen Abklärungen beauftragt, hat sich dieser daran zu halten. Die vorliegende Antwort verweist zudem auf die Aufgaben der Hilfsorganisationen. Die direkte Arbeit mit den Flüchtlingen soll tatsächlich diesen überlassen werden, weil sie über das nötige Know-How verfügen. Die Stadt kann die Hilfsorganisationen aber in ihrer Arbeit unterstützen und Hilfe anbieten. Ich finde es feige zu sagen, es gehe nicht um eine städtische Aufgabe. Punkt 3 des Postulats fordert unter anderem die Unterstützung des zivilen Engagements. Aber nicht einmal dieser soll erheblich erklärt werden! In Biel engagieren sich bereits viele Privatpersonen mit sehr guten Aktionen für die Flüchtlinge. Ich finde es sehr bedenklich, wenn nun sogar diesem freiwilligen Engagement Steine in den Weg gelegt werden sollen. Das geht für mich nicht. Frau Wendling, vorliegend geht es noch nicht um die Integration der Flüchtlinge, sondern schlichtweg darum, Menschenleben zu retten. Irgendeinmal werden dann schon Integrationsbemühungen nötig sein, aber vorerst muss den Flüchtlingen ermöglicht werden, nach Biel kommen zu können. Es geht um Menschenleben, und nicht darum, ob jemand unsere Sprache spricht. Ich weiss zudem auch nicht, mit wie vielen Personen in Ausschaffungshaft Frau Wendling bereits Kontakt hatte. Sie sagte, die

Forderung in Punkt 4 des Postulats, die Stadt Biel solle jegliche Unterstützung bei der Ausschaffung von Flüchtlingen sowie auch sonstigen Zwangsmassnahmen im Stadtgebiet verweigern, sei widerrechtlich. Ich finde aber, zu dieser Thematik braucht es jetzt ein Statement der Stadt und eine menschlichere Praxis im Umgang mit Personen, die sich illegal in unserem Land aufhalten. "Illegal" ist in diesem Zusammenhang ja sowieso eine seltsame Formulierung... Ich bitte den Stadtrat, seine Haltung aus der Februarsitzung, als er Punkt 2 des überparteilichen Postulats 20160212 «Städte setzen ein solidarisches Zeichen – Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt!» erheblich erklärte, beizubehalten und auch den vorliegenden Vorstoss erheblich zu erklären.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Une ville peut-elle se distinguer d'un État? Prendre de sa propre initiative un statut original, qui au moins sur ce point précis l'autoriserait à échapper aux règles usuelles, cela peut être considéré comme une utopie. L'accueil et l'hébergement de requérants d'asile, hommes et femmes constituent une tâche théorique et critique, une tâche urgente, même dans un contexte où les violences, les crimes, les tragédies et les persécutions multiplient les réfugié(e)s, les exilé(e)s, les apatrides et les victimes anonymes. Cependant, l'adhésion au réseau de villes-refuges appelle à accueillir les requérants d'asile, sans pouvoir leur proposer ni la naturalisation, ni le retour dans leurs régions d'origine. En effet, ces démarches impliqueraient de déborder les limites fixées par les traités entre états souverains.

Actuellement, en Ville de Bienne, l'unique centre d'hébergement collectif est celui de "La Clé". Des familles de réfugiés y sont accueillies en attendant de pouvoir être placées dans un milieu plus sain. Chaque personne qui se sera rendue dans cet immeuble, à l'état déplorable, en gardera un mauvais souvenir, mais cette habitation est de toute façon plus confortable que de vivre sous les bombes. Comme il est mentionné dans la réponse du Conseil municipal, au point 1, la Confédération coordonne l'accueil et le placement des requérants d'asile. La banlieue de Lyss accueillera prochainement un centre national pour les requérants d'asile, qui devra héberger des centaines de requérants. Ces derniers ne seront pas astreints à y rester et ils se déplaceront bien souvent en Ville de Bienne. Pour rappel, entre 2011 et 2014, la Ville de Bienne disposait de trois centres de requérants d'asile, qui se situaient dans l'abri de la Protection civile du Wasen, dans celui des Tilleuls et le dernier à la Clé, à la rue Centrale. Il y avait donc entre 250 et 300 requérants placés à Bienne et il a été constaté, durant cette période, que la criminalité en Ville avait augmentée de manière significative et les agents de police ayant connus cette période en garde un mauvais souvenir. Selon les statistiques, les cas de vols, brigandages et autres étaient devenus chose quotidienne et ceci pas uniquement à proximité des centres. De plus, les aller-retour incessants de requérants d'asile de toute la Suisse vers ces centres empêchaient les responsables d'avoir un contrôle strict des vrais locataires. Les médias mettent en image des familles et des enfants demandant l'asile et cela donne bien évidemment envie de leur tendre la main. Malheureusement dans la réalité, ce ne sont hélas que trop peu d'enfants accompagnés par leurs parents qui arrivent chez nous. En effet, 70% des requérants sont des hommes seuls, âgés entre 18 et 25 ans. De plus, si l'on prend en considération les écoles, pour ne prendre que cet exemple, on peut se demander qui va s'occuper des enfants allophones? Le niveau actuel des performances scolaires est déjà faible du fait de la trop grande mixité dans les classes. Cette idée est

totalément utopique et malsaine. Comme l'UDC le dit: "Oui à une immigration, mais contrôlée". Le Groupe UDC/Les Confédérés demande de suivre la proposition du Conseil municipal et de rejeter le postulat.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Ich möchte mich zu Punkt 4 des vorliegenden Postulats äussern. Dieser ist nicht skandalös, wie die Sprecherin der Fraktion FDP behauptete. Viel eher ist es skandalös, dass heute Menschen aufgrund des Zufalls ihrer Geburt vor dem Gesetz ungleich sind. Deshalb wünsche ich dem Stadtrat den Mut, auch Punkt 4 zuzustimmen. Wie bereits Bertold Brecht sagte (und was ich übrigens an dem Gymnasium lernte, an welchem FDP-Stadtrat Leonhard Cadetg Rektor ist...): *"Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht."*

Wiher Max, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP hat grosses Verständnis für dieses humanitäre Anliegen. Es ist berechtigt, denn die Situation der Flüchtlinge ist wirklich dramatisch. Trotzdem hat die Fraktion GLP einige Fragen. Ich kann vorwegschicken, dass sie Punkt 4 nicht unterstützen kann, denn er geht zu weit und verletzt das Recht. Zu den Punkten 1 - 3 ist die Fraktion GLP noch unentschlossen und möchte die Antworten des Gemeinderats und der Postulantin abwarten, denn verschiedene Aspekte versteht sie noch nicht ganz. Handelt es sich beispielsweise um 300 zusätzliche Asylbewerbende, die in den Flüchtlingscamps abgeholt werden sollen? Oder handelt es sich um einen Teil derjenigen Asylbewerbenden, die sowieso in die Schweiz kommen? Kann Biel Infrastruktur und oberirdische Asylunterkünfte für 300 Personen zur Verfügung stellen, wie es das Postulat fordert? Zudem stellt die Fraktion GLP einige Bedingungen, unter welchen sie den Punkten 1 -3 allenfalls zustimmen könnte: Die Stadt darf keinesfalls übergeordnetes Recht verletzen. Wie schätzt der Gemeinderat die Situation ein? Die Stadt Bern steht einem ähnlichen Engagement offenbar positiv gegenüber, Biel eher weniger. Die geforderten Massnahmen dürfen nach Ansicht der Fraktion GLP die Stadtkasse nicht zusätzlich belasten. Ich weiss, es ist angesichts der herrschenden Kriege unglücklich, über Geld zu diskutieren. Der Stadt Biel geht es aber nun mal finanziell nicht gut. Deshalb müssten auch die 300 zusätzlichen Plätze für Asylbewerbende vom Bund abgegolten werden. Biel kann es sich nicht leisten, während sieben Jahren für 300 zusätzliche Flüchtlinge aufzukommen. Schlussendlich möchte die Fraktion GLP erfahren, nach welchen Kriterien die 300 Personen, die nach Biel kommen dürften, ausgewählt werden. Die Kriterien müssten jedenfalls transparent sein. Zudem müsste sichergestellt sein, dass es sich wirklich um Kriegsflüchtlinge handelt.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Ich möchte nicht mehr viel sagen, denn das Meiste wurde bereits erwähnt. Die Antworten auf die gestellten Fragen interessieren auch mich. Trotzdem möchte ich nochmals an Ihr Herz appellieren. Es geht um 300 Personen unter x-tausenden. Meine Freundin arbeitet ein oder zwei Mal pro Jahr für Médecins sans Frontières, zuletzt in einem libanesischen Flüchtlingslager mit 40'000 Flüchtlingen. Das entspricht ungefähr der Bevölkerung Biels. Dort gab es keine Geburtshilfe. Erst meine Freundin baute nun eine solche auf. Ich weiss nicht, ob Sie schon einmal darüber entscheiden mussten, welches Kind überleben darf und welches nicht. Wahrscheinlich nicht... Ich übrigens auch nicht, und ich möchte auch nie in diese Situation geraten. Genau solche Situationen spielen sich aber in diesen Camps tagtäglich ab. Wer dort ist, tut was er oder sie kann und arbeitet bis zum Umfallen. Diese Helfenden wünschen sich nichts Anderes, als dass die Flüchtlinge irgendeinmal gut versorgt und in Sicherheit sind. Vorliegend geht es um 300

Personen, die eine Chance auf eine sichere Unterkunft, genügend Nahrung und medizinische Versorgung erhalten sollen. Ich habe Mühe damit, hier im schönen Biel an der Sonne am See zu sitzen im Wissen darum, dass es uns gut geht und wir jederzeit zum Arzt können, aber es nicht schaffen, 300 zusätzliche Menschen aufzunehmen. Die Ablehnung dieses Postulats würde mich enorm enttäuschen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Das vorliegende Postulat verlangt Solidarität gegenüber Menschen auf der Flucht, die alles verloren haben und vom Tod bedroht sind. Wenn sich die Stadt Biel dem Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliesst, setzt sie ein Zeichen. Mit der Annahme des Postulats würde sie darüber hinaus handeln müssen. Dabei geht es nicht um Menschen, die schon in der Schweiz sind. Vielmehr geht es um Menschen in Flüchtlingslagern, die in Zusammenarbeit mit dem UNHCR ausgewählt werden. Es geht nicht darum, Personen aus einem anderen Empfangszentrum nach Biel zu holen. Der Bundesrat hat entschieden, dass im Rahmen des Programms "Resettlement" 3000 Menschen in der Schweiz aufgenommen werden. Die Botschaft der Stadt Biel an das Staatssekretariat für Migration wäre demnach, dass Biel bereit ist, von diesen 3000 Menschen 300 aufzunehmen. So ist Punkt 2 des vorliegenden Postulats zu verstehen. Ich nehme an, Frau Schmid wird meine Auffassung bestätigen. Noch ein Wort zu den Finanzen: im Programm "Resettlement" ist ein Massnahmenplan für die Integration vorgesehen. Dafür wird auch Geld zur Verfügung gestellt. Die Flüchtlinge werden eng begleitet. Es handelt sich teilweise um Frauen mit Kindern oder Hochschwängere, also um die Schwächsten der Schwachen, die in den Flüchtlingslagern unter schwierigsten Bedingungen leben. Ich kann garantieren, dass diese 300 Personen vom UNHCR sorgfältigst ausgewählt würden. Das Programm ist finanziert und generiert keine Folgekosten. Punkt 3 des Postulats stellt das Engagement der Bevölkerung in den Vordergrund. Die Erheblicherklärung von Punkt 3 des Postulats kann nur positive Auswirkungen haben. Über Punkt 4 lässt sich tatsächlich streiten. Ich finde es jedenfalls wichtig, über die vier Punkte einzeln abzustimmen.

Gugger Reto, Fraktion EVP/BDP: Trüge ich einen Hut, würde ich ihn vor den Damen Schmid, Frank und Tanner ziehen. Ich habe grossen Respekt vor ihrem Engagement in den Flüchtlingslagern. Sie opfern dafür einen grossen Teil ihrer Freizeit. Ich verstehe, dass die Situation in den Lagern auch für die Helfenden bedrückend ist und Ängste weckt. Das Anliegen des vorliegenden Postulats ist aber kein städtisches, sondern eine eidgenössische und kantonale Angelegenheit. Der Kanton Bern hat seine Aufgabe bereits erfüllt. Ein ähnliches Postulat wie das vorliegende wurde auch in der Stadt Bern eingereicht, der grössten Stadt des Kantons. In Bern wurde das fragliche Postulat erheblich erklärt. Ich frage mich, weshalb gerade Biel 300 von 3000 Personen aufnehmen soll. Wird das Fuder damit nicht überladen? Biel ist nicht die wirtschaftlich stärkste Stadt der Schweiz. Sie hat 54'000 EinwohnerInnen, die Schweiz hat über 7 Mio.. 300 zusätzliche Personen aufzunehmen, scheint mir deshalb etwas überproportional... Zudem würde mich interessieren, wie die Auswahl in den Lagern abläuft. Der Slogan der SP lautet: *"Für alle statt für wenige"*. Eigentlich wäre es *"für alle"* besser, wenn das Geld, das in der Schweiz für die Flüchtlingsbetreuung ausgegeben wird, vor Ort in nachhaltige Hilfe investiert werden könnte, damit die unerträgliche Situation dort etwas erträglicher würde. Die angestrebte Selektion finde ich gemein und wenig sozialistisch. Ich werde alle vier Punkte des Postulats ablehnen.

Diop Mamadou, PSR: Le PSR est contre le rejet du postulat et en particulier pour les points 1 et 2. Il est clair que certaines règles de droit doivent encore être éclaircies. Il ne faut pas réduire ce débat parlementaire au simple aspect négatif des requérants d'asile. Ces personnes sont persécutées pour leurs idées, pour leur race, pour leur religion et même pour leur genre et face à cette détresse, la population biennoise doit agir. Il s'agit d'un rendez-vous de l'histoire et Bienne doit y participer, comme à Barcelone, Madrid ou Lausanne et protéger les faibles et les personnes persécutées. Cela a toujours existé, même durant le balbutiement du christianisme lorsque des apôtres étaient présents pour lutter. Bienne doit aussi lutter!

Gurtner Roland, Passerelle: J'aimerais aussi apporter mon total soutien à ce postulat. Je trouve qu'après Genève, Lausanne et Berne, Bienne devrait aussi manifester sa solidarité et faire un geste particulier en faveur des requérants d'asile face à ce drame épouvantable, qui se joue aux portes de l'Europe. Il faut donner ce signal de solidarité, qui est important pour la Suisse, mais aussi pour la population biennoise. En effet, la société civile biennoise a donné l'exemple en créant l'association "Stand up for Refugees". Il s'agit d'un travail bénévole remarquable, qui est largement soutenu par la population biennoise. C'est maintenant au tour de la politique de faire preuve de solidarité avec ces familles, qui ont tout perdu à cause de la guerre ou qui sont victimes de persécution politique, religieuse ou ethnique. J'aimerais rappeler, que les interventions parlementaires déposées en Suisse sont liées à un appel demandant au Conseil fédéral d'accueillir 50'000 réfugiés en Suisse et non pas 3'000 comme l'a dit Monsieur Gugger. Cet appel, soutenu par 10'000 personnes, dont de nombreuses personnalités, a été remis à Madame Simonetta Sommaruga en juin de l'année passée. Cet appel invite également les villes suisses à se proclamer "Ville refuge" et il s'agirait donc d'y répondre. L'objectif est principalement l'accueil des requérants d'asile par des personnes privées, comme cela se fait déjà en collaboration avec l'Organisation suisse d'aide aux réfugiés, qui a une certaine expérience en la matière. Cette organisation pourrait donc aussi voir qui, à Bienne, serait prêt à accueillir ces personnes. Cette solution coûte nettement moins chère que de créer des centres d'accueil dans les locaux de la Ville. Il faut préciser, que ce sont les familles d'accueil qui s'occuperaient de leur prise en charge et intégration, qui en serait nettement facilitée.

Même si le pilotage de la politique en matière de réfugiés relève de la Confédération, comme l'affirme le Conseil municipal dans sa réponse, il n'est pas interdit aux cantons et aux communes de prendre des initiatives dans ce domaine, car cela ne va pas à l'encontre du droit. Le postulat demande au Conseil municipal, de prendre contact avec le Secrétariat d'État aux migrations (SEM) afin de négocier l'accueil supplémentaire de réfugiés, aussi au niveau financier et ceci indépendamment des contingents attribués au Canton de Berne. Dans ce cas précis, encore rien ne lui interdit de faire cette démarche, car il s'agit uniquement d'une volonté politique.

J'en viens au point 4 du rapport du Conseil municipal. J'ai apprécié la contre-manifestation de l'UDC, ce soir, qui affichait notamment le slogan: "La Confédération s'occupe du problème!". Il faudrait donc se poser la question de savoir ce qui se passe si elle s'occupe mal de ce problème? Que se passe-t'il si, au nom de l'application stricte du Règlement de Dublin, des familles sont séparées en arrachant le père à sa famille et ceci devant ses enfants et son épouse? Cette situation s'est déjà passée à Zoug. Un couple a été interné dans deux prisons différentes et les

enfants ont été placés dans un foyer. Le Tribunal fédéral a finalement dû trancher. Ce sont des comportements inhumains, qui devraient appeler à réagir et à résister. Je pense, que dans de tels cas, c'est le devoir d'une Autorité communale de s'opposer à de tels procédés et à des décisions prises par quelques fonctionnaires fédéraux. Il s'agit là d'une question d'humanité. Pour finir, il s'agit d'un postulat et donc il n'y a rien de contraignant. Ce signal positif pourrait donc être donné, sans autres obligations pour le Conseil municipal. Si ce signal est donné par le Conseil municipal, il est possible que la population trouve que c'est une bonne solution et cela donnera ensuite envie au Conseil municipal de réaliser quelque chose dans ce sens.

Frank Lena, Grüne: Ich möchte auf einige Äusserungen eingehen. Vorliegendes Postulat soll dazu beitragen, Druck auf Bund und Kanton aufzubauen. Wie erwähnt wurde, gibt es bereits Schweizer Städte, die dem Netzwerk Zufluchtsstädte beigetreten sind. Biel soll sich mit diesen Städten zusammenschliessen und prüfen, wie das Anliegen des Postulats umgesetzt werden kann. Bern nimmt freiwillig 1'500 Flüchtlinge auf. Sicher ist Bern die grösste Stadt des Kantons, aber auch Biel ist die zehntgrösste Stadt der Schweiz! 300 Personen sollten verkraftbar sein. Es geht darum, einer aussergewöhnlichen Situation Rechnung zu tragen. Es gibt Signale aus der Bevölkerung, dass sie bereit ist, diesen Weg zu gehen. Es ist unsere menschliche Pflicht, für diese Personen einzustehen. Mittlerweile ist die riesige humanitäre Katastrophe vor den Toren der Schweiz angelangt. Spätestens jetzt ist der richtige Moment, Massnahmen zu ergreifen. Herr Gugger, gerade weil es mich betroffen macht, half ich vor Ort. Dass das nicht alle können und wollen, ist klar. Genau deshalb muss die Stadt jetzt die Gelegenheit ergreifen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten tätig zu werden und das vorliegende Postulat erheblich erklären. Es ist wichtig, dass der Stadtrat seine Betroffenheit zeigt und sich nicht nur mit Lippenbekenntnissen begnügt. Jetzt muss gehandelt werden, sei es als Stadtratsmitglied, als BielerIn oder als Mensch.

Freuler Fritz, Grüne: Ich möchte der Postulantin für die Einreichung dieses Postulats danken. Auch danke ich allen, die sich für Humanität einsetzen und sich in diesen Zeiten grosser Krisen engagieren. Ich danke für den Mut, das vorliegende Anliegen vorzubringen. In Biel wie in ganz Europa wird es zunehmend schwieriger, sich für Humanität in der Flüchtlingsfrage zu engagieren, denn Europa schottet sich zunehmend ab. Es geht um Millionen von Menschen, die in ihrer Existenz bedroht sind. Deshalb muss sich der Stadtrat tatsächlich der von Herrn Meyer aufgeworfenen Frage stellen. Ich möchte den Stadtrat ermutigen, auch Punkt 4 des Postulats erheblich zu erklären. Recht ist relativ. Es geht hier nicht um Baurecht, Eigentumsrecht oder andere rechtliche Vorgaben. Es geht vielmehr um das Recht auf Leben. Diese Woche wurde ein Bundesgerichtsentscheid über die Ausschaffung einer Familie publik. Darin hat das Bundesgericht entschieden, dass eine Ausschaffung nicht rechtens war, weil den Eltern zusätzlich die Kinder weggenommen und die Eltern überdies getrennt wurden sowie ein Kontaktverbot erhielten. Das ist so inhuman, dass das Bundesgericht sich gegen eine solche Durchführung einer Ausschaffung aussprach. Ich unterstütze deshalb das Postulat in allen vier Punkten.

Wächter Olivier, UDC: Je partage les propos de mon collègue, Monsieur Gurtner, qui a entièrement raison et c'est justement pour cela que je trouve les propositions des "villes refuges", criminelles. J'utilise ce mot de manière volontaire, car les

requérants d'asile, dont la demande a été refusée, sont considérés comme des criminels et de ce fait ils n'ont pas lieu d'être dans notre pays. D'un point de vue humanitaire, je trouve aussi criminel de leur proposer de les accueillir, car ces gens qui arrivent en Suisse ou en Europe sont réalistes et savent très bien qu'il n'y a pas de travail pour eux. En plus, un problème de langue va se poser. Ces personnes, qui fuient la guerre dans leur pays ou les réfugiés économiques, qui immigreront pour permettre à leur famille de vivre dans de meilleures conditions, créent des effets d'appels d'air. Ces effets vont encourager des familles ou des enfants seuls à risquer leur vie en traversant la mer, pour venir dans un endroit, où il n'y a peu ou pas de place pour eux. Pour toutes ces raisons, je trouve cela criminel de proposer de devenir "ville-refuge". Vous allez me dire, que l'UDC critique toujours, mais je vais présenter une solution, qui est plus logique. Il s'agit de créer des espaces sur place ou dans des pays géographiquement et culturellement plus proches pour accueillir ces exilés. Je vise par cette proposition l'Islam. Peu importe la religion pratiquée, si elle ne l'est pas modérément, il y aura obligatoirement des problèmes. D'autres problèmes vont encore se poser, en accueillant encore plus de réfugiés. C'est pourquoi, à mon sens, il serait préférable d'amener un appui financier sur place, en créant des camps. Je vous rassure, pas des camps nazis, mais des camps avec les commodités nécessaires et ceci dans le but de permettre à ces personnes de retourner vivre dans leur pays et de le reconstruire. Je ne connais quasiment personne, qui souhaite quitter son pays par plaisir. Je souhaite relever, que la contre-manifestation de l'UDC était dans le but de rappeler à la Confédération, notamment à Madame Sommaruga qui est socialiste et qui devrait donc appliquer une politique, qui devrait vous convenir, que ce problème est important. La question morale, tout le monde peut se la poser à titre individuel, mais je ne pense pas que c'est le rôle du Conseil municipal ou du Conseil de ville de le faire et de décider sur ce principe.

Scheuss Urs, Grüne: Es ist eine Schande und inakzeptabel, wie uns die Bürgerlichen und insbesondere die SVP vorgeben wollen, wie Migrationspolitik auszusehen habe. Dass es überhaupt soweit kommen konnte, ist ihre Politik! Sie hilft Unrechtsregimen weiter zu bestehen. Mit dem Bankgeheimnis trägt diese Politik dazu bei, dass Diktatoren ihr Geld in der Schweiz verstecken können. Das ist ihre Politik und ganz besonders diejenige der SVP. Bereits deren Übervater Christoph Blocher hat seinerzeit hemmungslos mit dem Apartheidsregime in Südafrika zusammengearbeitet. Darin liegen doch die Ursachen für die heutige Situation! Das ist ihre Politik! Uns zu sagen, wie Migrationspolitik auszusehen habe, ist einfach eine Schande! Der Grund zukünftiger Migrationsströme, nämlich der Klimawandel, leugnet die SVP teilweise, bekämpft Massnahmen dagegen aber ganz klar. Heutige Entscheide können morgen Migrationsströme auslösen! Dann wird die rechte Ratshälfte wieder versuchen, uns zu sagen, wie Migrationspolitik gemacht werden soll. Nein danke! Wir sind hier effektiv in einem Unrechtsregime und ich teile ganz klar die Haltung von Herrn Meyer: *"Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht"*. Deshalb unterstütze ich auch Punkt 4 des Postulats klar.

Augsburger-Brom Dana, SP: Die Fraktion SP hat das vorliegende Postulat Punkt für Punkt durchdiskutiert. Es spricht verschiedene Themen an, die nicht vermischt werden sollten. Die Argumente gegen Punkt 4 kann ich teilweise nachvollziehen. Andererseits brachte Herr Meyer ein sehr gutes Argument für die Annahme dieses Punktes vor. Wer das Postulat ablehnt, wird auch Punkt 3 ablehnen. Zu Punkt 2 hingegen habe ich eine längere Diskussion erwartet. Ich stelle nun aber fest, dass

vieles vermischt wird. Es geht nicht darum, andere Menschen zu beurteilen, sondern darum, was wir beitragen können. Ziel sollte sein, mehr zu tun. Was könnte beispielsweise ganz generell gegen die Kriege unternommen werden? Wer sich solchen Überlegungen verschliesst, verpasst auch die Möglichkeiten, sich zu Initiativen zu äussern. Deshalb wurde am 28. Februar 2017 auch die Spekulationsstopp-Initiative abgelehnt. Ich bin überzeugt, dass diese Initiative hätte bewirken können, dass weniger Menschen fliehen müssen. Wenn die Flüchtlinge bei uns ankommen, ist ihnen schon sehr viel Schlimmes widerfahren, dass wir uns überlegen müssen, wie wir damit umgehen. Es geht nicht darum, andere zu beurteilen. Punkt 2 kostet die Stadt doch nicht soviel, als dass sie sich die zusätzliche Aufnahme von 300 Flüchtlingen nicht leisten könnte. Dieses Engagement sollte Ehrensache und eine Willensbekundung sein. Deshalb muss ein Entscheid getroffen werden, denn Flüchtlingspolitik ist kein Naturgesetz. Sehr erstaunt bin ich, dass zu Punkt 1 noch so wenig gesagt wurde. Herr Gugger sagte, er werde sogar Punkt 1 ablehnen. Das enttäuscht mich. Es geht doch nur darum, dass Städte sich vernetzen wollen. Sie wollen die Flüchtlingsthematik diskutieren und es ist noch unklar, welche Ideen aus diesem Netzwerk entstehen werden. Dass Biel nicht einmal mit anderen Städten zusammensitzen und diskutieren soll, finde ich enttäuschend. Ich wäre froh, wenn Herr Gugger und andere ihre Haltung zu Punkt 1 nochmals überdenken würden. Wer Punkt 1 nicht unterstützt, nenne ich das auch Widerstand, der besser für Punkt 4 aufgespart wird...

Hamdaoui Mohamed, au nom du Groupe PSR: Je constate avec une certaine tristesse, qu'une fois de plus, dès que l'on parle d'asile dans cet hémicycle, on oublie que l'on est au Conseil de ville et que les compétences y sont limitées. À ce sujet, certains propos entendus ce soir sont franchement nauséabonds et une fois de plus, on peut constater que lorsque l'on n'a plus rien à dire, on agite la peur du musulman. Malheureusement, cela devient le chiffon rouge de la modernité de parler des musulmans. La seule bonne nouvelle, d'après ce que j'ai entendu et qui sera mise au procès-verbal est, que l'UDC s'engage à augmenter l'aide au développement. C'est donc une excellente nouvelle.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich finde die laufende Debatte etwas schwierig. Was in der Welt passiert, ist nicht tolerierbar. Frau Augsburg-Brom stellte aber die richtige Frage: was soll der Stadtrat tun? Der Stadtrat soll genau das tun, was der Gemeinderat eingehend geprüft und begründet hat: es ist nicht primär an der Stadt, zu handeln. Mit der Erheblicherklärung dieses Postulats würde die Stadt aus meiner Sicht ein falsches Zeichen setzen. Der Gemeinderat schliesst seine Antwort wie folgt: *"Entsprechend kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass das vorliegende Anliegen sowohl aus verfassungsrechtlichen Gründen wie auch auf Basis der weiteren übergeordneten gesetzlichen Bestimmungen nicht umsetzbar ist."* Diese Antwort finde ich ehrlich und der links dominierte Gemeinderat steht dazu. Folgen wir dem Gemeinderat! Als ehemaliger Staatsanwalt und Jurist habe ich überhaupt kein Verständnis für Punkt 4 des Postulats. Ist sich die Postulantin bewusst, dass sie damit vom Gemeinderat, aber auch von der ganzen Stadt und ihren Polizeiorganen verlangt, gegen das Gesetz zu verstossen? Schlussendlich hat sie einen Eid oder ein Gelübde abgelegt, sich an die Gesetze zu halten. Nun verlangt sie von anderen, gegen das Gesetz zu verstossen. Das finde ich übertrieben. Unsere Fraktionssprecherin sagte gar, es sei skandalös. Ich könnte noch andere Worte dafür finden, aber ich will kein Öl ins Feuer giessen. Vielmehr will ich für die Haltung des

Gemeinderats ein gutes Wort einlegen. Er hat das Anliegen studiert und geprüft. Es gibt andere Mittel als eine solche "Scheidlösung", wie sie das Postulat fordert.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Herr Bohnenblust sagte bereits Vieles, was ich auch sagen wollte. Ich finde diese Debatte traurig! Es werden irrealer Menschenbilder gezeichnet. Im Postulat geht es darum, an Leib und Leben bedrohte Menschen zu retten. Nun wurde im Stadtrat von Regimes gesprochen, die an der ganzen Krise schuld sein sollen. Es gibt rechte wie auch kommunistische Regimes, die auf ihr Volk schießen lassen. Es bringt nichts, wenn sich die politischen Flügel gegenseitig die Schuld zuweisen. Es betrifft alle und alle wollen der humanitären Tradition der Schweiz gerecht werden. Wir sind aber der Stadtrat von Biel! Da ein Postulat eingereicht wurde, liegt uns heute ein Prüfbericht vor. Der Gemeinderat hat das Anliegen geprüft und sagt, ihm seien die Hände gebunden. Egal, ob das Postulat erheblich erklärt wird oder nicht, es rettet kein einziges Menschenleben. Es wird sich nichts daran ändern, dass der Gemeinderat nichts tun kann. Demokratie ist mir ein grosses Anliegen. Deshalb kann ich nicht verstehen, wie jemand dazu aufrufen kann, gegen das Recht zu verstossen. Es geht um Krieg und um Länder ohne Demokratie. Ich liebe unsere Demokratie hier im Kleinen. Deshalb folge ich dem Gemeinderat.

Gugger Reto, BDP: Ich möchte Frau Augsburg-Brom erläutern, weshalb ich sogar Punkt 1 des Postulats ablehne. Der Gemeinderat schreibt auf Seite 2 seiner Antwort: *"Dem Gemeinderat ist des Weiteren nicht klar, was für eine Institution oder Organisation das Netzwerk von Zufluchtsstädten darstellt, dem er gemäss dem Vorstoss beitreten soll, konnte er weder aufgrund eigener Recherchen noch von der Initiatorin des Vorstosses sachdienliche Informationen erhalten."* Es ist also gar nicht klar, worum es bei diesem Netzwerk geht. Ich weiss nicht, weshalb ich diesem Punkt zustimmen sollte, von dem ich nicht weiss, worum es geht. Ich möchte nicht die Katze im Sack kaufen und etwas untergejubelt erhalten. Das ist nicht meine Art zu politisieren. Die Stadt hat schon oft ein Label erworben und erst später gemerkt, was es damit auf sich hat. Ich habe keine Kriterien gefunden, zu welchen sich die Stadt verpflichten könnte. Deshalb folge ich dem Gemeinderat in allen vier Punkten.

Bösch Andreas, Grüne: Es gäbe einiges zu sagen, ich möchte mich aber auf das Votum von Frau Gurtner-Oesch beschränken, denn ich muss ihr widersprechen. Vorliegend geht es nicht um einen Prüfbericht. Es ist nur die Antwort auf die Frage, ob der Gemeinderat gewillt ist, innert der Frist von zwei Jahren das Anliegen zu prüfen. Es geht um die Frage, ob der Stadtrat dem Gemeinderat diesen Prüfauftrag erteilen will oder nicht. Es ist keine "Katze im Sack". Der Stadtrat trifft heute keinen Entscheid, auch wenn einige Stadtratsmitglieder so tun, als ob der Stadtrat heute darüber entscheiden würde, 300 Personen aufzunehmen. Das ist nicht der Fall! Es wurde ein Postulat eingereicht und der Gemeinderat antwortet, ob er dem Stadtrat empfiehlt, weiter auf das Prüfanliegen einzugehen oder nicht. Es ist am Stadtrat, den Gemeinderat zu beauftragen, das Anliegen zu prüfen oder nicht. Wenn nun am Mikrophon gesagt wird, diese Menschen wären in ihren eigenen Kulturen besser aufgehoben und ihnen kriminelle Taten unterstellt werden, ist das Stimmungs- und Angstmacherei. Es ist eine Polemik, die darauf abzielt, dem Stadtrat einzureden, er treffe heute einen Entscheid. Das tut er nicht! Er gibt ein Zeichen und dem Gemeinderat einen Prüfauftrag. Ich finde, zumindest einige Punkte des Postulats wären eine eingehende Prüfung wert.

Schmid Judith, PdA: Vieles wurde gesagt. Ich bedanke mich für die Unterstützung, die mich rührt und überrascht. Ich möchte noch die Frage von Herrn Wiher beantworten. Es geht um zusätzliche 300 Personen, wie es auch im Vorstoss steht. In der Antwort des Gemeinderats fehlt diese Information, was ich mir nicht ganz erklären kann. Ich kann mir ebenfalls nicht erklären, weshalb in der Antwort steht, es gebe keine Informationen zum Netzwerk der Zufluchtstädte, denn ich habe dem Gemeinderat alle verfügbaren Informationen zugestellt. Es geht nicht um ein Label, sondern um ein Bekenntnis. Deshalb gibt es auch keine Website mit einem schönen Logo und genauen Kriterien. Ich möchte mich auch noch zu Punkt 4 äussern: Wenn das Recht die Brutalität einer Zwangsausstaffung zulässt, habe ich diesem sicher nie zugestimmt. Auch ich lebe in einer Demokratie. Die Kritik an solchem Recht ist höchstgradig legitim. Es ist sogar unsere Pflicht, solchem Recht zu widersprechen. Bei Ausstaffungen sind schon Menschen gestorben, was unglaublich ist...!

Meyer Miro, JUSO: Andere Gemeinderäte haben das gleichlautende Postulat ebenfalls geprüft, kamen aber zu einem anderen Schluss, als der Bieler Gemeinderat. Dies gilt es zu bedenken...

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Die Flüchtlingsdebatte wird nach wie vor sehr emotional geführt, gleich wie schon vor 20 oder 30 Jahren. Für den Gemeinderat ist ein Grossteil des heute Gesagten nachvollziehbar. Er hat grosses Verständnis für das humanitäre Anliegen des Postulats, wie er auch in seiner Antwort schreibt. Dieses Verständnis teile ich auch persönlich, denn ich habe selber Erfahrungen mit Flüchtlingen. Vor 30 Jahren war ich in einem Kriegsgebiet und habe erlebt, was es heisst, wenn Bomben abgeworfen werden und eine Zuflucht fehlt. Nach wie vor und auch weiterhin werden in Kriegsgebieten Bomben abgeworfen. Das ist Teil des humanitären Elends, welches unsere Welt prägt, und zwar nicht erst seit heute, sondern schon seit Langem. Der Gemeinderat hat deshalb vollstes Verständnis für das Anliegen des Postulats und hat es ernst genommen. So prüfte er, was die Stadt überhaupt machen kann. Die gemeinderätliche Antwort liegt nun vor und wird auch in zwei Jahren nicht anders lauten. Die Asylstrategie ist klar. Das Schweizer Stimmvolk hat am 5. Juni 2016 zudem die Änderung des Asylgesetzes (Beschleunigung der Asylverfahren) angenommen, dies auch mit Unterstützung der linken Parteien. Dass Menschen unter Umständen nicht in der Schweiz bleiben können und ausgeschafft werden, ist Teil dieser Strategie und ist im Asylgesetz vorgesehen. Aber das ist ein Detail... Im vorliegenden Postulat geht es primär um menschliches Leid. Die Stadt soll sich Gedanken dazu machen, wie sie mit denjenigen umgeht, die hierher geflüchtet sind. Diese Frage gilt es zu beantworten. Für die über 90% Flüchtlinge, die nicht in die Schweiz und auch nicht nach Europa kommen, braucht es eine andere Antwort. Die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen hat Konsequenzen und kostet etwas. Der Gemeinderat wäre nicht ehrlich, wenn er dies nicht erwähnen würde. Ebenso ist es eine Tatsache, dass mit einer gleich hohen Summe vor Ort viel mehr erreicht werden kann als in der Schweiz. Ich kenne das von Kinderheimen: In der Schweiz kostet die Unterbringung eines Kindes in einem Heim sehr viel. Mit einer gleichen Summe kann in den Herkunftsländern viel mehr Kindern ein Zuhause gegeben werden, sie erhalten Nahrung und Bildung und somit eine bessere Zukunftsperspektive. Ich frage mich deshalb, ob es wirklich so humanitär ist, hier in der Schweiz noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Wäre es nicht humanitärer und ehrlicher, die finanziellen Mittel und das Engagement in den Herkunftsländern einzusetzen, um dort das Leid und die Not zu lindern? Mit dieser Frage hat sich der

Gemeinderat ebenfalls beschäftigt. Was soll die Stadt überdies mit den Flüchtlingen tun, die bereits hier sind? Im Moment sind es nicht 300, aber es wohnen doch bereits einige Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge in Biel. Ein Zeichen der Solidarität wäre ihnen eine grosse Hilfe. Es wurde erwähnt, dass Asylbewerbende und Flüchtlinge auch privat untergebracht werden könnten. Dieses Engagement bewirkt tatsächlich etwas und gibt auch den Hilfeleistenden viel Positives zurück. Es ist ein Geben und Nehmen. Der Gemeinderat findet die private Unterbringung von Flüchtlingen durchaus sinnvoll und ist im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit, Unterstützung zu bieten. Allerdings ist auch dafür nicht die Stadt verantwortlich, sondern der Kanton. Die Stadt muss vorsichtig agieren, wenn sie sich in einem Bereich betätigen will, für den eigentlich eine andere Instanz zuständig ist. Dafür braucht es politisches Gespür.

Heute diskutierte der Stadtrat über schwerwiegende humanitäre Fragen. Es braucht ernsthafte Überlegungen, um zu sehen, was zielführend und richtig ist. Die Vorschläge des Postulats sind aus Sicht des Gemeinderats eher politische Symbole. Es wurde gesagt, es soll ein solidarisches Zeichen gesetzt werden. Aufgrund übergeordneter rechtlicher Vorgaben kann der Gemeinderat nicht mehr machen, als symbolisch zu agieren. Es stellt sich die Frage, ob es angesichts des herrschenden tiefen Elends richtig ist, Symbolpolitik zu betreiben. La politique est-elle digne et respecte le besoin et la souffrance réelle qui existent dans ce monde? Personnellement, j'en doute et c'est pour cette raison, que je demande au Conseil de ville de suivre la proposition du Conseil municipal, car il faut rester vigilant et ouvert. Le Conseil municipal pense, qu'il faut vraiment entrer dans des discussions qui peuvent aboutir à des solutions claires et concrètes.

Es wurde gefragt, ob Biel überhaupt 300 oberirdische Plätze für die Unterbringung von Asylbewerbenden zur Verfügung stellen könnte. Momentan sind nur im Durchgangszentrum "Schlüssel" Asylbewerbende untergebracht. Es wird voraussichtlich Ende 2018 geschlossen. Die Stadt ist aber im Kontakt mit dem Kanton, um eine Anschlusslösung zu finden. Erste Ideen sind bereits vorhanden. Darüber hinaus existieren aber momentan keine Strukturen, die innert kurzer Zeit zusätzliche 300 Flüchtlinge aufnehmen könnten. Ich kann deshalb nicht viel mehr sagen, als in der Antwort des Gemeinderates bereits steht. Der Gemeinderat hat die Anliegen geprüft. Er ist aber aufgrund der übergeordneten rechtlichen Rahmenbedingungen, die erst kürzlich durch das Schweizer Stimmvolk bestätigt wurden, gebunden. Er wird auch in einem oder zwei Jahren nicht mehr dazu sagen können und beantragt deshalb, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Tanner Anna, SP: Herr Feurer, ihr persönliches und privates Engagement schätze ich sehr. Ich finde es bewundernswert und schön, dass Sie bei sich zu Hause Flüchtlinge aufnehmen. Aber auch das ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Trotzdem sehen Sie, wieviel ihr kleiner Beitrag für eine Familie bedeuten kann. Sie kann an einem Ort wohnen und fühlt sich aufgenommen. Manchmal braucht es gar nichts Grosses. Bereits etwas Kleines kann für eine Familie oder wie vorliegend für 300 Personen sehr viel verändern. Herr Feurer sagte, dem Gemeinderat seien die Hände gebunden. Ich möchte vom Gemeinderat erfahren, was er konkret bereits unternommen hat. Hat er sich beim Kanton nach den Möglichkeiten Biels, etwas zur Direktaufnahme von Flüchtlingen beizutragen, erkundigt? Bern schaffte das! Gemäss der Tageszeitung "Der Bund" klärt Frau Teuscher, die Berner Direktorin für Bildung,

Soziales und Sport, zusammen mit den Zuständigen die Möglichkeiten der Stadt Bern ab. Das erwarte ich auch vom Bieler Gemeinderat. Es wurde auch gesagt, es solle ein Zeichen gesetzt werden. Ich verstehe nicht, weshalb nicht wenigstens die Antwort auf das vorliegende Postulat ein solches Zeichen enthält. Schon nur eine wohlwollendere Formulierung wäre ein Zeichen gewesen. Das finde ich schade.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Je vous remercie pour vos mots et explications et c'est bien vrai, que cette politique engendre aussi des doutes chez moi. Je ne pense pas, que ce soit la réponse la plus adaptée aux situations tragiques des demandeurs d'asile, des réfugiés ou des personnes qui fuient simplement la situation devenue invivable dans leur pays. Justement il convient, lorsque des doutes s'installent quant à la politique appliquée ou au cadre légal en partie, de remettre en question ce qui se fait et ce que les hommes ont pensé à un moment donné. Tout peut être remis en question, à condition que la réflexion soit menée de manière intelligente et réflexive. À ce propos, je m'en félicite que certains hommes et femmes aient eu cette capacité, sinon les femmes n'auraient pas encore le droit de vote et encore moins le droit de siéger ici et de prendre la parole.

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wie gewünscht, stimmen wir über jeden Punkt einzeln ab.

Abstimmungen

- über Punkt 1, wonach sich die Stadt Biel zur Zufluchtsstadt erklären und sich dem Netzwerk anschliessen soll, welches durch die Städte Madrid und Barcelona gegründet wurde

Punkt 1 des Postulates wird erheblich erklärt.

- über Punkt 2, wonach die Stadt Biel direkt mit dem Staatssekretariat für Migration Kontakt aufnehmen und erklären soll, dass sie bereit ist, 300 zusätzliche Menschen auf der Flucht aufzunehmen. Dafür soll die Stadt Biel weitere oberirdische Unterkünfte unter ihrer Aufsicht eröffnen und die Unterbringung von Flüchtlingen bei Privatpersonen, welche sich dazu bereit erklären, organisieren.

Punkt 2 des Postulates wird erheblich erklärt.

Ordnungsantrag

Bohnenblust Peter, FDP: Ich möchte den Stimmenzählern keinen Vorwurf machen, aber ich glaube, es wurde falsch ausgezählt. Bei Punkt 1 wurden insgesamt 50 Stimmen gezählt, ohne die Enthaltungen zu berücksichtigen. Bei Punkt 2 wurden inklusive Enthaltungen 51 Stimmen gezählt. Es fehlen aber nicht so viele Stadtratsmitglieder. Irgendetwas kann da nicht stimmen... **Ich beantrage die Wiederholung der bereits getätigten Abstimmungen.**

Bösch Andreas, Grüne: Ich finde, der Entscheid war so eindeutig, dass die Abstimmungen nicht wiederholt werden müssen (*Unruhe im Saal*).

Abstimmungen

- über den Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Somit stimmen wir nochmals über alle Punkte des Postulats separat ab. 52 Stadtratsmitglieder sind anwesend.

Abstimmungen

- über Punkt 1, wonach sich die Stadt Biel zur Zufluchtsstadt erklären und sich dem Netzwerk anschliessen soll, welches durch die Städte Madrid und Barcelona gegründet wurde

Punkt 1 des Postulats wird erheblich erklärt.

- über Punkt 2, wonach die Stadt Biel direkt mit dem Staatssekretariat für Migration Kontakt aufnehmen und erklären soll, dass sie bereit ist, 300 zusätzliche Menschen auf der Flucht aufzunehmen. Dafür soll die Stadt Biel weitere oberirdische Unterkünfte unter ihrer Aufsicht eröffnen und die Unterbringung von Flüchtlingen bei Privatpersonen, welche sich dazu bereit erklären, organisieren.

Punkt 2 des Postulats wird erheblich erklärt.

- über Punkt 3, wonach die Stadt Biel alle erforderlichen Massnahmen für eine angemessene Unterstützung der Flüchtlinge (Versorgung und Unterbringung, Sprachkurse etc.) treffen und die Bieler Bevölkerung dabei aktiv miteinbeziehen und zur Mitwirkung auffordern soll.

Punkt 3 des Postulats wird erheblich erklärt.

- über Punkt 4, wonach die Stadt Biel jegliche Unterstützung bei der Ausschaffung von Flüchtlingen und auch sonstige Zwangsmassnahmen gegen sie im Stadtgebiet verweigert werden sollen.

Punkt 4 des Postulats wird nicht erheblich erklärt.

Damit werden die Punkte 1-3 des Postulats erheblich erklärt, Punkt 4 wird abgelehnt.

80. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20170159, Cécile Wendling, FDP, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, Christoph Grupp, Grüne, Salome Strobel, SP, Pascal Fischer, DE, "Ohne die Römerquelle gäbe es Biel nicht"

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Dieses überparteiliche Postulat verlangt eine Aufwertung der Römerquelle. Dabei geht es nicht um das Leitungsnetz, obschon auch dieses ein städtisches Thema ist. Das Postulat ist dringlich zu behandeln, weil der Stadtrat im Juli über das Brunnenreglement beraten wird, welches auch die Römerquelle tangiert.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

81. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170160 Glenda Gonzalez, Groupe PSR, Myriam Roth, Groupe Les Verts, "Wird Biel/Bienne Biel?"

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: C'est une interpellation qui concerne la question linguistique, la protection et la défense du bilinguisme à Bienne. On a constaté que pour le projet de l'A5, la documentation n'était disponible qu'en allemand. De plus la signalisation autoroutière à l'entrée de Bienne, du côté d'Orpond, a aussi été faite uniquement en allemand. Alors nous posons la question si Biel/Bienne devient Biel? Nous demandons l'urgence car le projet de l'A5 est actuel.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

82. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20170161 Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Judith Schmid, PdA, "Leistungsauftrag Ansprechstelle Integration"

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: In dieser Interpellation werden Fragen zum Leistungsauftrag der Ansprechstelle Integration gestellt. Sie ist dringlich zu behandeln, weil Regierungsrat Schnegg beabsichtigt, diese Leistungsaufträge im Juni zu vergeben.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch 20.15 Uhr - 21.20 Uhr

83. Dringliche Interpellation 20170054, Pascal Bord, PRR, "Ist den Bieler Behörden die Abstimmung über die Zugehörigkeit von Moutier gleichgültig?"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Bord Pascal, PRR: Je remercie le Conseil municipal de sa réponse complète et politiquement plus que correcte. Le Conseil municipal a tenu son rôle, même si je souhaitais un peu plus d'activités dans la neutralité active. Comme parlementaire, j'ai plus de liberté de manœuvre et je vais donc l'utiliser. On peut constater, que les deux cantons, les communes jurassiennes et bernoises, les institutions et les entreprises communiquent sur le choix, que les prévôtois, eux seuls, devront faire sur leur appartenance cantonale. La presse francophone régionale l'a fait largement savoir et celle alémanique, un peu moins. Un collègue parlementaire alémanique m'a dit, lundi passé, que les jurassiens communiquent à tout va, alors pourquoi les jurassiens-bernois ne le font-ils pas? Le sort de Moutier est-il indifférent aux francophones du Canton? Pour un romand biennois, mais aussi pour le Jura-bernois, la perte hypothétique de 8'000 francophones dans le Canton ne sera pas sans impact sur la formation, la culture, la santé et le statu quo plus. Les enfants francophones biennois ne trouveront pas de places d'apprentissage à Bienne, on l'a vu tout à l'heure. Pour certaines formations, les jeunes se rendent à Moutier (École de maturité spécialisée, CEFF artisans). Les biennois romands sont également nombreux à travailler à l'Hôpital de Moutier. Les promesses, très hypothétiques, de transfert de postes administratifs à Moutier, en cas de passage dans le Canton du Jura, me laissent dubitatif. J'ai grand doute, que les Franches-Montagnes laisseront partir des postes de travail, avec le sourire, à Moutier. Stop, je fais de l'ingérence! Les jurassiens le font sans gêne. Les communes bernoises doivent se taire. Les bernois devront faire leur choix et il ne sera pas possible de leur communiquer comment voter. Mais simplement et humblement, les biennois devraient leur dire haut et fort : Moutier, nous t'aimons...

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Concernant cette interpellation urgente relative à l'appartenance de Moutier au Canton de Berne, le Groupe UDC/Les Confédérés prend position. Après avoir pris connaissance de la réponse du Conseil municipal, réaffirmant sa position de neutralité active, comme Monsieur Bord l'a dit également, et suite aux diverses actions et positions de la part d'une majorité du Gouvernement jurassien et d'une majorité des autorités prévôtoises favorables au rattachement de Moutier au Jura, il est indispensable de recadrer la situation, qui a fortement évolué depuis. Je me distancie donc des propos qui ont été donnés. Les autorités précitées ont manifestement respecté de façon très particulière la feuille de route. En effet, les promesses envers la Ville de Moutier, qui semblent peu réalistes, se feront clairement au détriment du bon peuple jurassien. Par exemple, aux Breuleux, une lettre de protestation avait été émise par des personnes travaillant dans une institution, qui devrait éventuellement se déplacer à Moutier. Cette lettre n'est jamais parvenue à la presse. Comme par hasard! Fort heureusement, certains députés jurassiens ont transmis l'information à la presse, afin que la population sache, que du côté jurassien tout le monde n'est pas forcément

pour le rattachement de Moutier au Canton du Jura. Ces méthodes-là, réalisées majoritairement par des députés jurassiens, sont assez fréquentes car il est plus simple de cacher les vérités qui dérangent et de les diffuser à la presse, que si elles arrangent. Du côté des responsables de la Ville de Moutier (majoritairement pro Jura), des pressions inadmissibles, que l'on pourrait qualifier d'omerta (loi du silence), sont réalisées. Pour s'en rendre compte, il vous suffit simplement d'interroger la population prévôtise sur son intention de vote. Suite à tous ces éléments, le Groupe UDC/Les Confédérés souhaiterait, que le Conseil municipal, le Conseil de ville ainsi que le Maire prennent aussi une direction différente et abandonnent gentiment cette neutralité passive ou active. Il faut qu'ils communiquent ouvertement leur attachement à Moutier, qui doit rester dans le Canton de Berne. D'autres maires du Canton de Berne ainsi que des partis politiques de gauche et de droite ont montré leur attachement à Moutier. L'objectif, comme Monsieur Bord l'a dit, est vraiment de montrer, en tant que biennois, que l'on se sent aussi romands. À notre sens, il est important de le démontrer, comme l'a fait Monsieur Stöckli, socialiste également. Je dirais simplement à Bienne: Montrons que l'on tient aussi à Moutier!

Gurtner Roland, Passerelle: En tant que cosignataire de cette interpellation, j'aimerais aussi dire ma satisfaction de cette réponse du Conseil municipal, qui estime que ce choix de Moutier est capital pour le Jura-bernois, pour le Canton de Berne et pour la Ville de Bienne, notamment en ce qui concerne le bilinguisme au niveau cantonal. Bienne partage avec Moutier une histoire commune et entretient des liens séculaires, qui sont soulignés par le Conseil municipal. Bienne et Moutier, avec toutes les autres communes du Canton, forment une communauté de destin, celle de vivre dans un canton bilingue et de partager les valeurs, à savoir le respect mutuel et le dialogue. Au nom de ces valeurs et liens qui unissent les deux villes, le Conseil municipal aurait pu dire son attachement à la Ville de Moutier et son souhait de ne pas la voir quitter le Canton de Berne. Au nom de la neutralité, il ne l'a pas fait, mais en lisant entre les lignes chacun comprendra les sentiments éprouvés par le Conseil municipal et c'est bien cela qui compte. Il est dommage, que la presse ait mis en exergue cette fameuse neutralité active de Bienne, qui naturellement a très bien convenu au mouvement séparatiste, plutôt que d'insister sur ces liens réels avec Moutier et sur la perte, que représenterait ce départ du Canton de Berne.

Hamdaoui Mohamed, au nom du Groupe PSR: Je m'exprime au nom du Groupe PSR pour répéter et marteler, que le vote de Moutier concerne la population de Moutier et elle seule. D'ailleurs, je ne souhaiterais pas devoir faire ce choix, car tous les jours des informations contradictoires sont données. Elles sont des vérités pour certaines personnes et des mensonges pour d'autres, donc il est difficile de s'y retrouver. De grâce, nous biennois, ne venons pas encore ajouter notre grain de sel et surtout ne faisons pas du chantage affectif. J'aimerais insister sur la défense de la minorité francophone dans le Canton de Berne et je vais vous faire un aveu, car il y a prescription. J'ai obtenu la note de 2 en mathématique à la Maturité fédérale et cela ne m'empêche pas de savoir compter et même de faire des soustractions. Je me rends donc bien compte, que si Moutier et ses environs (8'000 habitants) quittaient le Canton de Berne, il y aurait encore moins de francophones et alors? Le problème n'est pas le nombre, mais le poids de ces francophones et en particulier leur poids politique. Alors, indépendamment du vote de Moutier, il serait peut-être temps que les francophones de l'arrondissement de Bienne, qui représentent la plus grande partie de la minorité francophone du Canton, disposent plus de poids politique. Ainsi le statu

quo plus ne deviendra pas un statu quo simple ou encore un statu quo moins. Bienne aime Moutier, qu'elle décide ou non de rester bernoise.

Fehr Erich, maire: Je pense qu'il faut garder les bonnes habitudes et la dernière fois que je me suis exprimé en français dans tout le Jura-bernois, c'était il y a quatre ans, avant la votation. La neutralité active est aussi un bon acquis et je vous expliquerai cela tout à l'heure. De plus, les propos de l'UDC n'ont pas changé non plus, alors on constate que l'on reste tous dans nos traces. J'aimerais encore une fois répéter, que la Ville de Bienne a des liens socio-économiques, culturels et autres très étroits avec le Jura bernois, qui sont indéniables et qui doivent être maintenus. Il faut aussi accepter, que Bienne est la plus grande ville bilingue de Suisse, mais elle ne fait pas partie du territoire jurassien bernois, mais du territoire seelandais. C'est une réalité qu'il faut accepter.

Monsieur Gurtner a bien résumé la réponse du Conseil municipal, mais je souhaite encore attirer votre attention sur quelques éléments. À Bienne, une bonne partie de la population francophone est composée de personnes qui proviennent du Jura. À l'époque, c'était des cheminots ou du personnel de la Poste. Ces personnes ont un grand attachement au Canton du Jura malgré qu'ils vivent à Bienne et qu'ils ne souhaitent pas déménager. Si la Ville de Bienne se positionne fortement, cela pourrait créer une séparation au sein de la population francophone de Bienne, comme cela a déjà été vécu dans les années 50 et 60 du siècle passé. Pour une histoire plus récente, on a aussi connu dans cette salle des "attentats" avec des choux et de tels événements se sont aussi produits au Stade de Glace. Cela démontre que la position de Bienne est sensible. Le Jura-bernois est important pour Bienne, mais il faut savoir, que la Ville de Bienne compte plus d'habitants à elle seule que le Jura-bernois. Alors, lorsque Bienne affirme trop son intention, il est craint que cela ne cache un souhait d'attirer des institutions étatiques à Bienne. C'est donc pour cela, que la position du Conseil municipal est très réservée. Je le répète souvent, que certaines fausses ou inappropriées attitudes de la droite germanophone au Grand Conseil bernois sont à la base de la séparation du Jura. Je fais allusion à "l'affaire Moeckli" en 1947, qu'il ne faut pas oublier. La Ville de Bienne veut maintenir ces liens étroits et le Conseil municipal souhaite développer ce tissu économique, qui nous lie, même si parfois c'est difficile de se retenir dans certains débats. Mais, Monsieur Gurtner a assez bien lu entre les lignes!

Encore un mot: en tant que citoyen, je trouve qu'il y a des tentatives de ne pas vouloir laisser s'exprimer le côté bernois et je le regrette, car cela ne respecte pas les principes démocratiques. Chacun doit respecter son rôle et c'est pour cela, Monsieur Wächter, que votre allusion à Monsieur Stöckli n'est pas bonne, à mon avis. Il n'est plus maire de Bienne mais il est Conseiller aux États et cela change la donne. Le maire de Berne a plus de marge de manœuvre dans la question jurassienne que celui de Bienne, car aucun lien socio-économique direct n'existe. Comme je l'ai dit il y a quatre ans, personne ne souhaite le départ de Moutier.

84. Dringliche Interpellation 20170055, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, "Olympische Spiele 2026: Engagement der Stadt Biel"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Interpellant ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Ich bedanke mich für die Antwort, die aber nicht befriedigt. Zuerst möchte ich vier Zahlen nennen: Am eidgenössischen Turnfest in Biel haben 2013 fast 40'000 TurnerInnen teilgenommen. Dieses Fest kostete die öffentliche Hand etwas mehr als CHF 1 Mio.. Gemäss den Unterlagen von "Sion 2026" würden für die olympischen Spiele ungefähr 3'000 SportlerInnen erwartet, dies kostete aber hunderte wenn nicht tausende Millionen Franken! Damit möchte ich aufzeigen, worum es geht. Es könnte nun lange über Sinn und Unsinn von olympischen Spielen diskutiert werden. Darum geht es in meiner Interpellation aber nicht. Vielmehr möchte ich mehr wissen zum Engagement der Stadt, wie bereits der Titel meiner Interpellation sagt. Dazu zwei wichtige Fragen: worauf würde sich die Stadt bei einer Beteiligung an den olympischen Spielen 2026 einlassen? Es ist klar, dass das Projekt erst in den Anfängen steht und Details noch nicht bekannt sind. Wie es ablaufen wird, ist aber bereits klar: Schlussendlich gibt das internationale olympische Komitee vor, wie die Spiele abzulaufen haben. Es ist für mich ein grundsätzliches Problem, dass Demokratie und Mitsprache bei den olympischen Spielen zu wenig Gewicht haben. Andere Kantone haben diesen Aspekt anders gelöst als die am Projekt "Sion 2026" beteiligten Kantone. Der Kanton Graubünden beispielsweise liess bereits vor der Einreichung einer Kandidatur über ein Vorprojekt abstimmen, worauf die Bevölkerung eine Kandidatur ablehnte. Vor einigen Jahren wurde eine andere Kandidatur ebenfalls vom Stimmvolk abgelehnt. Das sollte zu denken geben! Die nächste Frage ist nämlich, ob sich die Stadt Biel auf olympische Spiele einlassen soll. Der Gemeinderat beantwortete diese Frage in einer Absichtserklärung bereits früher. Diese liess mir der Stadtpräsident zukommen. Sie datiert vom 7. Dezember 2016 und ich nehme nicht an, dass sie den Stadtratsmitgliedern bekannt ist. Jedenfalls handelt es sich dabei nicht um ein geheimes Dokument, das aus meiner Sicht auch veröffentlicht oder der Beantwortung der Interpellation hätte beigelegt werden können. Für die Diskussion wäre dies bestimmt hilfreich gewesen. Im Wesentlichen sagt der Gemeinderat im erwähnten Papier, Biel sei bereit, sich am Projekt zu beteiligen und werde sich für die Bewerbung international einsetzen. Die definitive Zustimmung wolle die Stadt aber erst geben, wenn die detaillierten Anforderungen bekannt sind. Ausserdem will der Gemeinderat sichergestellt haben, dass das Verfahren für die Teilnahme korrekt durchgeführt wird. Es stellt sich nun die Frage, ob der Stadtrat mit dieser Absichtserklärung einverstanden ist. Selbst wer die olympischen Spiele wohlwollend beurteilt, dürfte diese Absichtserklärung als ungenügend erachten, denn sie stellt keine Forderungen. Ich könnte mir vorstellen, dass darin beispielsweise eine maximale finanzielle Beteiligung genannt werden sollte. Auch das Thema Umwelt finde ich wichtig. Die Trägerschaft der Kandidatur "Sion 2026" hat einen Potenzialbericht zu ihrer Kandidatur erstellen lassen. Darin wird versucht, das Potenzial für Sport, Wirtschaft, Tourismus, Politik und Umwelt zu eruieren. Überall scheint grosses Potenzial vorhanden zu sein. Einzige Ausnahme bildet die Umwelt. In diesem Bereich sind keine positiven Auswirkungen zu erwarten. Die Umweltbelastung

könnte höchstens minimiert werden. Dafür muss aber der politische Wille vorhanden sein. Als Fazit ist aus dem Potenzialbericht denn auch ersichtlich, dass der Aspekt Umwelt lückenhaft ist. Als nächsten Schritt soll aber die Wirtschaftlichkeit weiter abgeklärt werden. Das finde ich widersprüchlich, weil der Potenzialbericht ja bei der Umwelt eine Lücke ortet. Für mich wäre die logische Schlussfolgerung daraus, dass die Probleme im Bereich Umwelt angegangen werden. So hätte in der Absichtserklärung des Gemeinderates beispielsweise stehen können, dass Biel CO₂-freie Spiele fordert und sich auch dafür einsetzt. Ein weiterer Punkt ortet Probleme bei der Demokratie und der Mitsprache. In der Antwort auf die Interpellation schreibt der Gemeinderat, die Projektstruktur sei noch nicht geklärt und die Mitsprachemöglichkeiten der Stadt Biel würden sich erst noch ergeben. Auch dieser Punkt hätte aus meiner Sicht in der Absichtserklärung erwähnt werden sollen und für die Stadt Biel eine Mitsprache gefordert werden sollen. Wie auch immer: vielleicht lässt das Studium dieser Absichtserklärung andere Stadtratsmitglieder andere Schlüsse ziehen. Jedenfalls sollten Gemeinde- und Stadtrat gut hinschauen, denn was die olympischen Spiele angeht, ist die Bevölkerung um einiges kritischer als die Promotoren. Ich habe noch eine Nachfrage zur Antwort auf meine Frage, ob das Eisstadion in der Tissot Arena olympiatauglich sei. Eine ähnliche Interpellation im Grossen Rat wurde vom Regierungsrat dahingehend beantwortet, dass es vermutlich Anpassungsbedarf gebe. Der Gemeinderat sagt in seiner Beantwortung, es gebe keine Probleme und nichts müsse angepasst werden. Wie kommt es zu dieser Differenz?

Leuenberger Bernhard, FDP: Das Votum von Herrn Scheuss ist totale Schaumschlägerei. Er sagt ja selber, das Projekt stehe noch am Anfang. Details sind noch keine bekannt. Es ist noch nicht einmal entschieden, ob tatsächlich eine Kandidatur für "Sion 2026" eingereicht werden soll. Trotzdem stellt Herr Scheuss die Transparenz bereits jetzt in Frage. Das ist doch lächerlich und ich finde das unerhört! Die Antwort des Gemeinderates ist angemessen und richtig. Bisher hat die Stadt erst ihre Absicht kundgetan, allenfalls die Tissot Arena für die olympischen Eishockeyspiele zur Verfügung zu stellen. Das ist alles. Nun ist bereits die Rede von Demokratiedefiziten. Herrn Scheuss geht es doch um etwas ganz Anderes, nämlich (wie immer) darum, etwas zu verhindern. Er hat eigentlich eine total konservative Haltung. Immer, wenn ein spassmachender Event lanciert werden soll, will er diesen verhindern. Zu den olympischen Spielen ist noch lange nicht das letzte Wort gesprochen. Ich weiss aber schon jetzt, wie es herauskommt, selbst wenn alle von Herrn Scheuss gewünschten demokratischen Vorgaben erfüllt würden: Er wird immer noch dagegen sein, weil er die olympischen Spiele zu wenig "nachhaltig" findet. Das ist doch schon jetzt klar! Diese Geisteshaltung finde ich extrem "scheuss-lich". Kein Spass, keine Freude, nichts... wenn unsere Altvorderen vor über 100 Jahren so gedacht hätten, wie Herr Scheuss, gäbe es heute keine Jungfrauojchbahn. Herr Scheuss betreibt eine reine Verhinderungspolitik. Ich danke dem Gemeinderat für die fundierte Antwort. Der guten Ordnung halber möchte ich noch festhalten, dass im Grossen Rat ein ähnlicher Vorstoss aus den gleichen Kreisen eingereicht wurde. Ich möchte auf die entsprechende Antwort des Regierungsrates verweisen, der hervorstreicht, dass eine allfällige Kandidatur für den Kanton Bern von Bedeutung wäre, weil der Kanton Bern eine Tourismus- und Wintersportdestination, aber auch ein Wirtschaftsstandort ist. In diesem Sinn finde ich, die Diskussion zu den olympischen Spielen könnte hier abgebrochen werden. Es ist viel zu früh, um

detailliert über eine Olympiade zu diskutieren, von der noch nicht einmal sicher ist, dass eine Kandidatur eingereicht wird.

Scheuss Urs, Grüne: Herr Leuenberger, kennen Sie die in der Beantwortung erwähnte Absichtserklärung des Gemeinderates? Ich hätte erwartet, dass sich die Stadtratsmitglieder fragen, was darin steht. Im Stadtrat werden so viele Geschäfte diskutiert, zu welchen sehr viel nachgefragt wird und Details verlangt werden. Vorliegend sagt Herr Leuenberger nun einfach, die olympischen Spiele seien super und der Stadtrat müsse die Details nicht kennen. Im Grossen Rat wurde übrigens ein Vorstoss eingereicht, der eine Volksabstimmung zu den olympischen Spielen verlangt. Dieser wurde nicht nur von Grünen unterzeichnet, sondern auch von der GLP, der SP, der EVP sowie einigen Mitgliedern der SVP und der EDU. Mittels Volksabstimmung könnte das Projekt demokratisch abgestützt werden. Der Kanton Graubünden, wahrlich kein linker Kanton, wählte dieses Vorgehen. Der Kanton Bern könnte diesem Beispiel folgen. Ansonsten beteiligt er sich blind an einem riesigen Projekt und die Bevölkerung erfährt nicht einmal, was auf sie zukommt. Natürlich steht das Projekt erst am Anfang. Kommt es aber später zu Problemen, beispielsweise wegen zu hoher Kosten oder weil aus Sicherheitsgründen Ausgangssperren verhängt werden müssen, hätten viele vielleicht lieber auf die olympischen Spiele verzichtet...

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich möchte das Thema ins richtige Format rücken, denn eigentlich liegt nur eine (vielleicht etwas heikle) Vermietungsanfrage für die Tissot Arena vor. Die Tatsache, dass Biel eine Sportinfrastruktur zur Verfügung stellen könnte, die für olympische Spiele in Frage kommt, macht mich stolz. Sie zeigt, dass mit der Tissot Arena etwas Gutes und Zweckmässiges geschaffen wurde. Das Projekt "Sion 2026" sieht vor, dass in Biel Eishockey gespielt werden könnte, wenn es gut geht, Frauen-Eishockey. Beim Frauen-Eishockey könnte das ganze Turnier inklusive Finale in Biel durchgeführt werden. Beim Männer-Eishockey dürfte mit mehr Publikum gerechnet werden, weshalb in Biel wohl nur die weniger interessanten Vorrundenspiele vorstellbar wären. Ich finde es attraktiver, ein vollständiges Turnier ausrichten zu können. Momentan ist in der Tissot Arena kein olympischer Curlingwettkampf vorgesehen, obgleich auch dies möglich wäre. Es gibt also verschiedene Möglichkeiten. Das ist doch toll! Es sind ja nicht Sportarten, die mit riesigen Sicherheitsproblemen und weiteren Einschränkungen verbunden sind. Biel sollte die Austragung solcher Wettkämpfe wagen! Ich möchte Herrn Scheuss bezüglich der angemahnten Demokratiedefizite an die Kompetenzenordnung erinnern. Momentan geht der Gemeinderat davon aus, dass das finanzielle Engagement der Stadt Biel bei weitem keine Volksabstimmung bedingen würde. Inwieweit sich der Kanton Bern an den olympischen Spielen beteiligen würde, ist eine andere Frage, die aber auf kantonaler Ebene diskutiert werden muss. Der Gemeinderat geht davon aus, dass es in Biel primär um die Zurverfügungstellung der Tissot Arena geht. Selbstverständlich dürfte die Stadt - wie bei jedem anderen Event auch - in die Planung miteinbezogen werden. Ich fände es aber nicht korrekt, dazu eine Volksabstimmung durchzuführen, nur weil es um eine Olympiade geht. Formell gibt es dafür gar keine Basis. Momentan liegt kein Sachverhalt vor, der gemäss Stadtordnung einer Volksabstimmung unterliegen würde. Wichtig finde ich auch, dass eine gemeinsame Absichtserklärung aller potenzieller Standortgemeinden vorliegt. Die von Herrn Scheuss erwähnte Absichtserklärung entstand in einer sehr frühen Projektphase und ist für jede potenzielle Standortgemeinde identisch. Die

Projektausarbeitung beginnt erst jetzt. Ich muss Herrn Leuenberger recht geben: wenn die Stadt bereits zu Beginn zu viele Bedingungen stellt, entsteht kein gutes Geschäft. Signalisiert die Stadt aber grundsätzlich eine Bereitschaft mitzumachen, kann sie am Projekt mitarbeiten und ist integriert. Dann kann sie das Projekt auch in die gewünschte Richtung lenken. Selbstverständlich gibt es aber auch eine Austrittsklausel...

Zum Thema Umwelt: Biel ist nicht zuständig für die Abfahrtspisten, sondern für die Tissot Arena, ein Eisstadion mit Minergie-Zertifikat. Meines Wissens gab es noch kaum je olympische Eishockeyspiele in einem so zertifizierten Stadion... Im Weiteren fanden sich die Beteiligten der Kandidatur "Sion 2026" erst kurz vor dem Abgabetermin an Swiss Olympic, indem sie das Projekt aus den Kantonen Wallis und Waadt mit gewissen Ideen aus dem Kanton Bern ergänzten. Seither hat Fränk Hofer, der Direktor des Turnfestes 2013, eine massgebliche Rolle inne. Ihm liegt die Nachhaltigkeit sehr am Herzen, was er auch mit dem Turnfest bewies. Das Turnfest war so erfolgreich, dass schlussendlich sogar noch Beiträge für soziale und ökologische Institutionen wie das "Haus für Biel" gesprochen werden konnten. Das Projekt "Sion 2026" soll in Bezug auf die Nachhaltigkeit ebenfalls noch verbessert werden, das ist wichtig. Ist das Internationale Olympische Komitee tatsächlich bereit, dem Ausrichterland mehrere CHF 100 Mio. zur Verfügung zu stellen und dezentrale Spiele in bestehenden Anlagen zu erlauben, ist das ein gutes Zeichen. Die Schweiz als eines der Mutterländer des Wintersports scheint mir legitimiert, olympische Spiele wieder in einer etwas weniger grossen Dimension durchzuführen. Wenn Biel dazu einen Beitrag leisten kann, finde ich das gut.

Zum von Herrn Scheuss erwähnten Widerspruch betreffend die baulichen Massnahmen in der Tissot Arena: glauben Sie grundsätzlich immer dem Gemeinderat! Spass beiseite: der Kanton beantwortete die Interpellation des Grossen Rates, ohne vorgängig mit dem Bieler Gemeinderat gesprochen zu haben. Wir wissen deshalb nicht, wie der Kanton zu seinen Erkenntnissen gelangt ist. Der Gemeinderat geht jedenfalls davon aus, dass die Sportanlagen der Tissot Arena den heutigen Anforderungen genügen, obschon für die olympischen Spiele sicher gewisse temporäre Anpassungen nötig wären. Vielleicht müssten Materialcontainer, ein Medienzentrum oder ein grosser Platz gebaut werden. Dabei ginge es aber um temporäre Bauwerke wie beim Turnfest oder ähnlichen Veranstaltungen. Jedenfalls will der Gemeinderat mit der bestehenden Tissot Arena ins Rennen steigen. Die Idee ist nicht, dass via die olympischen Spiele ein erster Erweiterungsbau realisiert werden soll. Ein solcher sollte auch gar nicht nötig sein... Wagen wir doch dieses Abenteuer! Es geht um olympische Spiele, die vom Gigantismus wegkommen sollen. Wenn Biel dazu einen Beitrag leisten kann, passt das gut zu unserer Mentalität als Sportstadt.

85. Dringliche Interpellation 20170056, Mohamed Hamdaoui, Fraktion PSR, "Über Geschmack lässt sich..."

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Hamdaoui Mohamed, PSR: Je suis satisfait de la réponse du Conseil municipal, mais je souhaiterais ajouter quelques éléments et poser deux questions. D'abord, je précise que je soutiens pleinement le fait d'ériger des œuvres d'art sur l'espace public car elles nous font respirer, au même titre que les arbres, et cela fait un bien fou. En déposant cette interpellation, je m'inquiétais un peu sur le processus et le manque de transparence car j'ai l'impression, que sans cette interpellation les gens auraient été mis devant le fait accompli, en découvrant cette œuvre lors de son inauguration. Il s'agit de l'espace public et je pense qu'il revient à la personne de décider d'être interpellée ou offusquée sur un objet. En effet, si on décide de se rendre dans un musée, c'est un choix que l'on fait, mais pas sur l'espace public. De plus, cette œuvre se voulait subversive alors, ne serait-il pas sain que la Guilde de quartier soit consultée lors d'un tel processus, afin qu'elle puisse prévenir les habitants du quartier, qu'un objet d'une valeur de 80'000 fr. sera installé? Quelle est la décision du Conseil municipal, suite à l'opposition qui a été déposée? Ce projet sera-t-il abandonné ou modifié? Un concours auprès d'un jury sera-t-il relancé? Je trouve formidable d'avoir des œuvres d'art sur l'espace public et je trouve normal, que la Ville y contribue financièrement, mais il faut faire attention au taux d'acceptation de la population, car un jour les gens refuseront ces œuvres et tout le monde y perdra.

Steidle Silvia, directrice des finances: Monsieur Hamdaoui vous avez posé un certain nombre de questions concernant le placement de cette œuvre dans l'espace public et je vous en remercie car grâce à cette intervention, le Conseil municipal a aussi pu donner un certain nombre d'explications sur les processus et le financement. Avant que l'œuvre soit installée, je peux vous assurer, que le Conseil municipal communiquera et que la population ne sera donc pas choquée, même si cela aurait peut-être été un souhait de l'artiste. Ce processus a déjà été appliqué pour les autres œuvres qui ont été placées dans l'espace public, comme par exemple à la société Parking Bienne S.A, où deux autres œuvres moins grandes ou importantes ont peut-être été remarquées par la population. Le processus ne permet pas d'intégrer la Guilde de quartier, mais dans la communication, il est toujours prévu de l'inviter lors de l'inauguration. La suite à donner à cette procédure d'opposition sera définie par le contenu de la réponse de la Préfecture (si des adaptations devront être apportées). J'aurais pu m'arrêter là, mais le thème m'interpelle. Monsieur Hamdaoui, permettez-moi encore quelques réflexions sur l'art en général et l'art et la politique. L'art doit-il être au service de la politique? Doit-il être beau? L'artiste doit-il être soumis aux lois du marché et plaire au public dont il ne partage pas forcément les valeurs? L'art doit-il être utile et accessible à tout le monde et garant de la morale bourgeoise et populaire? L'artiste se trouve toujours dans cette tension entre l'engagement et l'esthétisme, entre l'art utile ou l'art revendiquant son autonomie, entre l'œuvre liée aux questions de son époque et la quête d'une beauté intemporelle. À mon avis, l'art doit attiser d'autres désirs et d'autres horizons et pour cela il doit convoiter l'impossible, donner l'émotion de sentir qu'il y a eu du jeu dans les têtes et dans les

inspirations. Il ne doit pas se contenter à l'affichage de bons sentiments progressistes et pas davantage à la recherche de petites provocations, qui se contentent souvent de choquer la bourgeoisie, ravie de l'être. Je suis pour ma part ravie de pouvoir discuter, ce soir, de ce thème et j'espère que d'autres personnes poseront encore ce genre de questions, pour pouvoir en débattre.

86. Dringliche Interpellation 20170057, Susanne Clauss und Anna Tanner, Fraktion SP, Glenda Gonzales, Fraktion PSR, "Teilrevision Sozialhilfegesetz Vernehmlassung durch RR Schnegg und die Folgen für die Gemeinde Biel"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Interpellantinnen sind von der Antwort **nicht befriedigt**.

Clauss Susanne, SP: Ich danke dem Gemeinderat für seine Antworten. Es müsse wohl etwas weh tun, ein höherer Druck könne durchaus sinnvoll sein: dies liess der Direktor Soziales und Sicherheit, Herr Feuerer, am 23. Januar 2017 im Bieler Tagblatt verlauten. Es handelt sich dabei um die ewiggestrigen Stammtischaussagen über die schwächsten und verletzlichsten Menschen in unserer Gesellschaft, Aussagen, die den Generalverdacht implizieren, dass Sozialhilfebeziehende einfach faul und unwillig sind und deshalb Leistungen beziehen. Diese Pauschalisierung als faule Sozialhilfebeziehende ist menschenverachtend, unwürdig und diskriminierend. Es ist zur Genüge bekannt: jedes soziale System kann ausgenutzt werden und einige tun dies auch. Dafür alle zu bestrafen, ist jedoch inakzeptabel. Die von Regierungsrat Schnegg vorgeschlagenen Massnahmen sind daher der falsche Weg. Nun steht der Stadtrat in der Pflicht. Es liegt in seiner Verantwortung, die Schwächsten zu schützen. Er muss Rahmenbedingungen schaffen, die allen ein Leben in Anstand und Würde ermöglichen. Herr Feuerer, Sie als Direktor Soziales und Sicherheit stehen ebenfalls in der Pflicht. Mit Ihrer Wahl zum Gemeinderat und mit der Übernahme ihres Mandats sind Sie verantwortlich dafür, dass diese Rahmenbedingungen den Schwächsten unter uns die dringend notwendige Unterstützung garantieren. Es ist folglich auch Pflicht des Gemeinderates, einem Neumitglied des Regierungsrates, Herrn Schnegg, mutig und deutlich sowie mit allen politischen und rechtlichen Mitteln die rote Karte zu zeigen, wenn dieser so massiv gegen unser demokratisches und rechtspolitisches Verständnis handelt. Eine Gesetzesänderung soll ohne Vernehmlassung in den Grossen Rat gebracht werden, obwohl dazu eine gesetzliche Verpflichtung besteht. Dabei geht es um eine Gesetzesänderung, bei der selbst Laien erkennen, dass sie erhebliche Auswirkungen auf Biel hat. Damit wird das Rechtssystem bis an den äussersten Rand ausgereizt, was brandgefährlich ist. Ich bin mit der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden, denn ich erwartete klare Aussagen und Antworten auf die gestellten Fragen und nicht bloss leere Phrasen. Ich erwartete Aussagen über die Haltung des Gemeinderats zu den geplanten Kürzungen. In früheren Beschlüssen und Stellungnahmen brachte der Gemeinderat klar zum Ausdruck, dass in der Sozialhilfe mehr Druck und mehr Kürzungen nicht erfolgversprechend sind. Nun machte Herr Feuerer im Bieler Tagblatt gegenteilige Aussagen. Dabei wäre er ja dazu verpflichtet, die Kollegialität im Gemeinderat zu wahren. Ich zitiere gerne aus dem

Grundsatzpapier «Kollegialprinzip» des Gemeinderates: *"Das Kommunikationsverhalten der Gemeinderatsmitglieder ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit des Gremiums und Voraussetzung für das Funktionieren des Kollegialprinzips. [...] Einzelgänge in der Kommunikation verletzen das Kollegialprinzip."* Dem Gesamtgemeinderat empfehle ich deshalb wärmstens, den verantwortlichen Kollegen diesbezüglich in die Pflicht zu nehmen. Ich erwartete auch klare Aussagen darüber, wie der Gemeinderat eine zielführende Unterstützung von Sozialhilfebeziehenden sicherstellen will, sollten die geplanten Kürzungen tatsächlich realisiert werden. Denn dass noch mehr Druck und noch weniger Unterstützung die Sozialhilfequote positiv beeinflussen sollen, entbehrt jeglicher empirischer Grundlage. Ich empfehle dem Stadtrat wärmstens, die diesbezüglich neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu lesen. Darin wird belegt, dass die angekündigten Kürzungen nur kontraproduktiv wirken, wie auch eine Studie der Berner Fachhochschule (BFH) vom 8. Mai 2017 zu den geplanten höheren Anreizleistungen in der Sozialhilfe aufzeigt. Sie ist auf der Homepage der BFH abrufbar. Wie der Gemeinderat selber sagt, braucht es ein ganzes Massnahmenbündel. Deshalb frage ich nochmals: Wie will der Gemeinderat sicherstellen, dass alle von den Kürzungen Betroffenen Zugang zu geeigneten Förderprogrammen, Sprachkursen und Ausbildungen erhalten? Gibt es solche überhaupt? Auf meine Fragen erhielt ich keine befriedigenden Antworten. Was bleibt, ist eine grosse Unsicherheit darüber, wie es weitergeht und eine noch viel grössere Besorgnis darüber, welche verheerende Auswirkungen diese Kürzungen auf Biel haben werden. Fazit: Die Interpellantinnen bleiben dran und beobachten weiterhin sehr genau. Sie werden den Gemeinderat an seine rechtlichen und politischen Pflichten sowohl im Umgang mit unseren demokratischen Werten als auch mit unseren schwächsten Mitmenschen erinnern. Gerne lade ich alle herzlich zur diesbezüglichen Kundgebung der Dachorganisation "Savoir social" vor dem Berner Rathaus am 6. Juni 2017 ein.

Fischer Pascal, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Vor etwa zwei Stunden rief die Linke dazu auf, mehr Flüchtlinge nach Biel zu holen und bei Ausschaffungen gar das Gesetz zu brechen. Vorliegend wirft sie dem Gemeinderat nun vor, er missachte in seiner Arbeit demokratische Vorgaben... Zudem: wenn immer mehr ausgegeben werden soll, müssen halt irgendwo Einsparungen getätigt werden. Die Stadt kann nicht immer mehr Menschen anziehen und für diese immer mehr Geld ausgeben, es sei denn, sie erhöhte die Steuern. Ich finde die Argumentation der Linken, die alles Mögliche fordert und dann den Gemeinderat angreift, seltsam.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: La baisse de 10% du forfait d'entretien aura pour effet de diminuer d'environ 100 fr. le subside mensuel de base par personne, qui est actuellement de 986 fr. Quelle personne possède 986 fr. d'argent de poche? Personnellement, je n'en connais pas beaucoup. Les prestataires de l'aide sociale devraient pouvoir s'engager un minimum pour la collectivité. Des diminutions de prestations de 15% pour les jeunes adultes entre 18 et 25 ans motiveront certains à entrevoir la possibilité d'envisager une formation ou tout simplement vouloir travailler. Souvent je rencontre des prestataires de l'aide sociale qui m'expliquent qu'ils n'ont aucun avantage à ne plus bénéficier de l'aide sociale. À 18 ans, la vie est encore devant soi et le Groupe UDC/Les Confédérés estime, que les "mesures EcoPlan" vont les motiver. Il faut soutenir les personnes à devenir indépendantes, afin d'éviter que l'aide sociale ne devienne un style de vie. Nous pensons que c'est un minimum de diminuer les prestations pour les réfugiés qui

sont au bénéfice d'une admission provisoire et qui sont encore sans travail, après sept ans. Ceci est également valable pour les bénéficiaires de l'aide sociale, qui n'atteignent pas le niveau de base en allemand ou en français. Le Groupe UDC/Les Confédérés estime que cela est un minimum. De plus, il me semble que le Conseil municipal se doit d'appliquer des décisions cantonales et de s'y tenir.

Bösch Andreas, Grüne: Die Ratsrechte treibt seltsame Blüten... Wissenschaftliche Erkenntnisse scheinen für sie nicht viel zu bedeuten. Wer von uns hat überdies monatlich mindestens CHF 960 zur Verfügung? Ich glaube alle! Ich selber habe wohl etwa das Dreifache zur freien Verfügung, obschon mein Lohn nicht überdurchschnittlich ist. Im Weiteren wurde heute wiederholt mit dem Finger auf schlechte Verhältnisse hingewiesen, wohl um schlechte Verhältnisse bei uns besser aussehen zu lassen. Doch: Nur weil es andernorts noch schlimmer ist, wird in Biel etwas Schlechtes nicht plötzlich besser. Mit dieser Argumentation könnte wohl alles zurechtgebogen werden: Wieso braucht die Schweiz Mindestlöhne? Andere Länder kennen auch keine Mindestlöhne... Wieso braucht es überhaupt Löhne? In Zeiten der Sklaverei gab es ja auch keine. Sollen die Menschen doch mit dem zufrieden sein, was sie haben! Wieso soll Sklaverei schlimm sein? Andernorts müssen Kinder arbeiten gehen! Mit dem Finger auf noch Schlechteres zu zeigen, macht Schlechtes nicht besser. Hören Sie doch auf damit! Das ist wirklich schlimm. Nur weil eine Vertreterin der Ratslinken in einem anderen Vorstoss forderte, der Gemeinderat solle sich nicht streng an das Gesetz halten, soll nun die ganze Ratslinke kein Recht mehr darauf haben, den Gemeinderat darauf hinzuweisen, sich richtig zu verhalten?! Herr Feurer leistete sich hier einen kommunikativen Fauxpas, indem er zum ich-weiss-nicht-wievielten Mal eigeninitiativ tätig wurde, ohne den Gesamtgemeinderat miteinzubeziehen. Das wirft ein schlechtes Licht auf diesen. Dabei ist es egal, wer vorgängig was gefordert hat. Es ist einfach nicht gut!

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich möchte etwas richtigstellen: Die gemeinderätliche Kommunikation ist nur für Geschäfte geregelt, die im Gesamtgemeinderat behandelt werden. Beim vorliegenden Thema ist das nicht der Fall. Die Medienschaffenden stellen auch zu anderen Themen spontane Fragen, ohne dass sich der Gesamt-Gemeinderat damit befassen konnte. Das ist üblich und passiert immer wieder. Frau Clauss muss ich enttäuschen. Der Gemeinderat kommentiert konkrete Interviewaussagen seiner Mitglieder nicht. Trotzdem geht die Beantwortung der Interpellation relativ weit, denn der Stadtrat soll soweit als möglich über die Haltungen und Überlegungen des Gemeinderats informiert werden. Heute Morgen war ich an einer Tagung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zum Thema Aktivierung. Diese beinhaltet verschiedene Varianten der bekannten Kombination aus fördern und fordern. Rafael Lalive, ein Volkswirtschaftsprofessor der Universität Lausanne, hielt einen Vortrag. Er legte dar, unter welchen Bedingungen Aktivierung erfolgreich sein kann. Wie auch andere Redner, wies er darauf hin, dass es nicht immer einfach ist, dazu gesichertes statistisches Material zu erhalten. Er erwähnte aber eine grosse Breitenstudie, die wohl vielen bekannt sein dürfte, nämlich das System der "Tax Credits", das in Amerika 1970 eingeführt und 1986 ausgedehnt wurde. Dabei können Personen, die unter dem Existenzminimum leben, aber einer Erwerbstätigkeit nachgehen, beim Staat "Tax Credits" einverlangen. Das Anreizsystem dieser "Tax Credits", also eine Art Sozialhilfeleistung, war erfolgreich, denn viele Betroffene konnten in den Arbeitsmarkt integriert werden. Es ist somit Erfolgsstory. Anlässlich der heutigen

SKOS-Tagung erwähnte das Büro BASS jedoch, dass es in der Schweiz schwierig sei, eine gesicherte Studie zu dieser Thematik durchzuführen, weil das System von fördern und fordern so breit etabliert ist, dass kaum Vergleiche mit anderen Systemen möglich seien. Die Frage nach der Legitimation ist politisch wichtig. Dadurch, dass einige Sozialhilfebeziehende nichts für ihre Integration tun und andere sich stark dafür engagieren, wird ein System, das eine unterschiedliche Behandlung anstrebt und umsetzt, legitimiert. Natürlich kann darüber diskutiert werden, wie weit diese Unterschiede gehen sollen und was das System beinhalten soll. Zwecks Legitimation gegen aussen und insbesondere gegenüber den Steuerzahlenden ist es aber wichtig aufzuzeigen, dass diejenigen, die sich engagieren, etwas mehr erhalten. Es lohnt sich, diese Sozialhilfebeziehenden zu unterstützen. An der heutigen SKOS-Tagung wollte jedenfalls niemand das Anreizsystem von fördern und fordern in Frage stellen.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Was Herr Feurer sagt, ist schön und gut. Dabei geht es aber nur um Sozialhilfebeziehende, die trotz Arbeit zu wenig verdienen. Sie erhalten gerade so viel Sozialhilfe, dass sie das Existenzminimum erreichen. Das ist gut und wird von uns auch nicht kritisiert. Bei den von Herrn Schnegg angedachten Massnahmen geht es aber vor allem um eine Bestrafung derjenigen, die nicht arbeiten. Das ist etwas Anderes als das, was Herr Feurer beschrieben hat. Ich möchte auch noch etwas sagen zur intrinsischen und extrinsischen Motivation: intrinsische Motivation ist in fast jedem Fall besser und langfristig gewinnbringender als extrinsische. Sie kann vor allem durch gute Gespräche und viel Zeit seitens der Sozialarbeitenden gefördert werden, aber dafür braucht es mehr Ressourcen. Weitere Kürzungen bringen in dieser Hinsicht nichts.

Freuler Fritz, Grüne: Eigentlich wollte ich zu diesem Geschäft nicht intervenieren. Nach den Ausführungen von Herrn Feurer muss ich nun aber doch etwas sagen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Äusserungen von Herrn Feurer den Kommunikationsregeln des Gemeinderates entsprechen. Nach der Publikation der Abbaumassnahmen von Regierungsrat Schnegg in der Sozialhilfe äusserte sich Herr Feurer nämlich zu drei Punkten, die der Gemeinderat in seiner heute vorliegenden Beantwortung anders beurteilt:

1. Herr Feurer bezeichnete die Durchführung einer Vernehmlassung als unnötig. In der heute vorliegenden Beantwortung der Interpellation schreibt der Gemeinderat, eine Vernehmlassung zu wesentlichen Veränderungen der Gesetzgebung sei unerlässlich.
2. Herr Feurer sprach sich für eine Kürzung des Grundbedarfs aus, der im Kanton Bern entgegen anderslautenden Aussagen CHF 977 beträgt. Der Gemeinderat hingegen spricht sich in seiner Antwort gegen eine Kürzung des Grundbedarfs aus.
3. Der Gemeinderat setzt sich für die Anwendung der SKOS-Richtlinien ein, was Herr Feurer in der Öffentlichkeit anders darstellte.

Drei wesentliche Punkte von Herrn Feurers Sozialpolitik entsprechen damit nicht der Haltung des Gesamtgemeinderates. Ich kann mir wie gesagt nicht vorstellen, dass das gewählte Vorgehen den Kommunikationsregeln des Gemeinderates entspricht.

87. Motion 20160310, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, "Parkgebühren senken"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Normalerweise danke ich jeweils für die Beantwortung eines Vorstosses. Vorliegend frage ich mich jedoch, ob der Gemeinderat die Beantwortung ernst meint. Die Antworten widersprechen sich mehrmals grundlegend. Es wird behauptet, die Parkkartentarife lägen bei einem Städtevergleich im Mittel. Ein Blick auf die in der Antwort enthaltenen Tabellen zeigt aber das Gegenteil. Biel ist die zehntgrösste Stadt der Schweiz, gilt als Uhrenmetropole und versucht seit Jahren, ihre Attraktivität zu steigern. Leider scheint dies nicht ganz zu klappen. In der Innenstadt stehen immer mehr Geschäfte leer, die Steuereinnahmen steigen nur unwesentlich, der erfolgreiche Markt wird aus der Nidaugasse vertrieben. Die Stadt ist darauf angewiesen, dass in nächster Zeit gute Steuerzahlende nach Biel ziehen. Vielfach sind diese auf das Auto angewiesen und brauchen deshalb eine Parkkarte. Ein Faktor für die Attraktivität der Stadt sind ganz klar günstige Steuern, Abgaben und Gebühren. In meinen Augen gehören dazu auch vernünftige Parkgebühren. Der Gemeinderat erhöhte 2015 mehrere Parktarife. Gegen diese massive Gebührenerhöhung erhob ich Einsprache und ich erhielt vor dem Verwaltungsgericht teilweise recht. Daraufhin musste der Gemeinderat gewisse Parktarife wieder senken, andere steigen aber trotzdem stark an. Nach der Erhöhung der Parkgebühren sind diese in Biel nun um einiges höher als in anderen Städten, wie die Tabelle in der Antwort zeigt. Ich erwähne nur einige Punkte:

- Anwohnerparkkarten kosteten pro Jahr bisher CHF 264.-, neu CHF 330.-. Das entspricht einem Anstieg von 25%.
- Firmenparkkarten kosteten pro Jahr bisher CHF 396.-, neu CHF 528.-, ein Anstieg von 33%.

Der Gemeinderat spricht von einer "massvollen" Erhöhung. Darüber kann ich nur den Kopf schütteln. Es geht aber noch weiter: im Vergleich mit anderen Städten zeigt sich, dass

- Anwohnerparkkarten in Bern pro Jahr CHF 264.- kosten, in Biel neu CHF 330.-
- Firmenparkkarten in Bern pro Jahr ebenfalls CHF 264.- kosten, in Biel CHF 528.-
- Anwohner- und Firmenparkkarten in Zürich pro Jahr nur CHF 300.- kosten
- Anwohnerparkkarten in Genf pro Jahr CHF 200.- kosten, Firmenparkkarten CHF 400.-
- sowohl Anwohner- als auch Firmenparkkarten in Neuenburg pro Jahr CHF 110.- kosten
- sowohl Anwohner- als auch Firmenparkkarten in Winterthur (einer Stadt, die oftmals mit Biel verglichen wird) pro Jahr nur gerade CHF 50.- kosten

Obschon die Zahlen also etwas Anderes aufzeigen, will der Gemeinderat keinen negativen Einfluss seiner Tarifgestaltung auf die Attraktivität der Stadt Biel feststellen können. Für mich jedoch ist klar, dass die Tarifgestaltung sehr wohl einen Einfluss darauf hat, ob jemand nach Biel zieht oder lieber in eine andere Stadt. Auch in Grenchen, unserer Nachbarstadt, sind die Gebühren um einiges tiefer... Ich verstehe nicht, weshalb der Gemeinderat nicht einsieht, dass Biel tatsächlich massiv mehr verlangt als andere Städte. Übrigens bieten auch andere Städte ein interessantes Kulturleben, vielfältige Einkaufsmöglichkeiten und eine hohe Lebensqualität...

Nun muss ich noch etwas Anderes loswerden: letzte Woche war den Medien zu entnehmen, dass die Parking AG CHF 80'000 für einen Kunstwettbewerb bei der Esplanade aufwerfen möchte. Auch dies steht im Widerspruch zur Beantwortung des vorliegenden Vorstosses. Darin wird ausgeführt, dass mit eingenommenen Parkgebühren die Parkhäuser finanziert und der öffentliche wie auch der Langsamverkehr gefördert würden. Wer ein Auto hat, gilt in Biel als Milchkuh, sogar für Kultursubventionen. Ich möchte, dass Biel floriert, wächst und erfolgreich ist. Dazu gehören attraktive Rahmenbedingungen, wie ein vernünftiger Gebührentarif. **Deshalb beantrage ich, die vorliegende Motion erheblich zu erklären.**

Scheuss Urs, Grüne: Die Fraktion Grüne dankt dem Gemeinderat für seine Antwort und unterstützt seinen Antrag vor allem aus einem verkehrspolitischen Grund. In seiner Antwort verweist der Gemeinderat auf das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 761.8). Er hätte auch das Gesamtmobilitätskonzept Zustand Ostast oder generell die Entlastung der Stadt vom motorisierten Verkehr erwähnen können. Eine Senkung der Parkkartengebühren steht klar im Widerspruch zu dieser Politik. Dabei spielt es keine Rolle, ob jemand zum Beispiel für oder gegen den A5-Westast ist. Auch die Autobahnbefürwortenden argumentieren, dass die Stadt aufgrund der Autobahnumfahrung vom motorisierten Verkehr entlastet wird. Ich bin deshalb sehr gespannt auf die nun folgende Debatte und auf die Abstimmung über die Erheblicherklärung. Insbesondere bin ich gespannt, wie die Stadtratsmitglieder Bohnenblust, Cadetg, Löffel, Moser und Wendling abstimmen werden, denn sie sind auch Mitglied des Komitees "Pro Westast".

Rebetez Maurice, PSR: En préambule et après avoir parcouru le texte de la motion, je tiens à apporter une précision importante afin d'éviter toute confusion au niveau des tarifs relevés. Je possède une voiture et je n'ai pas la possibilité de la garer sur une place privée. Donc, je suis considéré comme riverain. Après vérification, ce sont bien 330 fr. qui m'ont été facturés et non 528 fr. comme pourrait le laisser croire le texte. Évitions donc tout malentendu et ne confondons pas riverains habitants et entreprises. Comme mentionné dans la réponse du Conseil municipal, ce ne sont certainement pas les tarifs pratiqués à Bienne, qui influencent négativement l'attrait de la Ville. Un emménagement à Bienne garantit une proximité de tous les services. L'utilisation systématique de la voiture ne représente donc pas une nécessité absolue. J'ai une voiture, mais je me déplace toute l'année à vélo à Bienne. Par contre, je tiens à insister qu'il y a d'autres aspects liés à la possibilité de se garer à Bienne, qui touchent une certaine catégorie de professionnels ou d'employés. Ces aspects devraient être abordés et analysés, afin de maintenir effectivement l'attractivité de notre Ville. Nous y reviendrons certainement lors d'un prochain débat. Dans un premier temps, les tabelles comparatives permettent de se faire plus ou moins une idée des catégories. On constate que les hausses ne sont pas trop excessives et restent dans une certaine moyenne. Il faut rappeler, que posséder une voiture coûte cher et la garer coûte forcément aussi. Le PSR vous propose donc de suivre le Conseil municipal et de rejeter la motion. Dans un deuxième temps, les discussions autour de cet épineux sujet permettent de mettre en évidence d'autres questions, tout autant importantes, concernant l'attractivité de notre Ville:

1. Pourquoi certaines places jaunes, qui permettent de charger et décharger de la marchandise devant certains magasins ou bureaux, ont-elles tendances à disparaître? Cela serait utile à beaucoup de professionnels, qui seraient plus efficace et cette situation favoriserait l'attractivité de la Ville.

2. Pourquoi les tarifs des parkings souterrains, notamment celui de l'Esplanade, sont si opaques quant à leur calcul. J'ai entendu à plusieurs reprises des usagers ayant le sentiment de se faire rouler lorsqu'ils passaient à la caisse. En effet, les tarifs affichés sont confus et pourraient laisser penser que la première heure coûte 1.10 fr. alors qu'elle revient à 0.60 fr. les 15 premières minutes, à cela s'ajoute 0.50 fr. les 15 minutes suivantes et encore 1.10 fr. les 30 dernières minutes, ce qui correspond à un tarif de 2.20 fr. l'heure. Ceci sans parler de la deuxième heure, qui à peine entamée revient à 2.20 fr. Les usagers auraient besoins de plus de transparence dans les prix et ils râleraient moins. Il faudrait aussi plus de simplicité quant à l'utilisation de l'automate car là, également, le sujet est important et méritera certainement que l'on s'y attarde. J'ai même des preuves à disposition, où je suis allé m'amuser à parquer durant 1h36 et je me disais, que si on n'est pas attentif, on a tendance à se faire rouler.

Güntensperger Nathan, GLP: Die Fraktion GLP findet das Thema Parkgebühren langsam etwas langweilig. Es wurde schon oft angesprochen und immer wieder wird darüber gestritten. Seitens der SVP tönt es nun so, als sei Biel eine absolute Abzockerstadt. Auch ich habe die Tarife geprüft, kam aber zum Schluss, dass es auch teurere Städte gibt. In Luzern beispielsweise fallen die Parkgebühren massiv höher aus. Andere Städte sind in einzelnen Bereichen ebenfalls teurer als Biel. Für mich stimmt der Bieler Gebührenrahmen, er bewegt sich in ähnlicher Höhe wie in anderen Städten. Es gibt sogar etliche Städte, die gar keine Parkkarten kennen. Dort wird einfach im Stundentarif bezahlt. In Bern beispielsweise kostet schon nur die Einfahrt in ein Parkhaus CHF 4.70. Ich habe dort für das Parkieren auch schon CHF 17.- oder CHF 18.- bezahlt, was mir in Biel noch nie passiert ist. Die Parkgebühren sind in Biel nicht übertrieben hoch. Auch die Fraktion GLP begrüsst eine Abnahme des motorisierten Individualverkehrs. Offenbar stehen etliche Parkhäuser in Biel halb leer. So dramatisch kann die Parkplatzsituation also nicht sein. Das Argument, gut situierte Steuerzahlende würden durch die hohen Parkgebühren abgeschreckt, kann ich nicht nachvollziehen. Ich gehe davon aus, dass diese in einem Haus mit Garage wohnen. Diese Parkmöglichkeit kostet bestimmt mehr als eine Anwohnerparkkarte...

Bohnenblust Peter, FDP: Obwohl die Fraktion FDP ein gewisses Verständnis für die Anliegen der vorliegenden Motion hegt, wird sie dem Antrag des Gemeinderats folgen. Die Fraktion FDP macht sachliche, keine ideologische Politik. Gebühren sind ein wichtiges Thema, über das stundenlang diskutiert werden könnte. Es gilt, zwischen Anwohnenden, BesucherInnen und PendlerInnen zu unterscheiden. Wie Herr Güntensperger sagte, gab es schon mehrere Vorstösse zum Thema Parkgebühren. So teile ich die Ansicht, dass es unverhältnismässig ist, ab der ersten Minute den vollen Parktarif zu verlangen. Diesbezüglich besteht, obwohl auch bereits einiges unternommen wurde. Ich finde es aber schade, dass die Linke nun verschiedene Geschäfte vermischt und sogar das Komitee "Pro Westast" ins Spiel bringt. Die Linke sollte besser zur Kenntnis nehmen, dass mit vielen Einsprachen gegen den A5-Westast gerechnet werden muss. Darunter auch Einsprachen von Autobahnbefürwortenden, zum Beispiel betroffenen LandeigentümerInnen. Deshalb bitte ich das Komitee "Westast so nicht!" bereits heute, dereinst nicht einfach nur die Einsprachen zusammenzuzählen und dann zu behaupten, alle Einsprechenden seien gegen den Westast. Das wäre einmal mehr eine Umkehrung der Tatsachen, was nichts Neues wäre. Noch eine Bemerkung zur vorliegenden Beantwortung: Offenbar

hat das Verwaltungsgericht tatsächlich zwei Gebührenerhöhungen aufgehoben, dies aber nicht aufgrund der Beschwerde von Frau Schneider, sondern weil das Gericht feststellte, dass die gesetzliche Grundlage für diese Gebührenerhöhungen gänzlich fehlte...

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich möchte noch einige andere Argumente zu diesem Geschäft einbringen. In der letzten Legislatur wurde das Gebührenreglement samt Zuständigkeiten revidiert. Seither liegt die Kompetenz für die Tariffestsetzung nicht mehr beim Stadtrat, sondern beim Gemeinderat. In der letzten Legislatur wurde ebenfalls ein Massnahmenpaket im Rahmen der nachhaltigen Haushaltsanierung (NHS) beschlossen. Wer A sagt, muss jetzt auch B sagen. Als Folge aus NHS müssen nun die Parkgebühren erhöht werden, um Geld in die Kasse zu bekommen. Frau Schneider, die Attraktivität der Stadt hängt sicher nicht nur von diesen Gebühren ab, sondern von einem Mix aus vielen Faktoren. Biel hat sehr gute Karten!

Löffel Christian, EVP: Die Fraktion EVP/BDP folgt dem Antrag des Gemeinderats. Herr Scheuss, ab und zu stimmen wir somit gleich ab, auch wenn wir bezüglich des A5-Westasts nicht im gleichen Komitee einsitzen. Frau Schneider, ich finde es etwas schade, dass Sie in Ihrem Votum nur die Städte erwähnten, die im einen oder anderen Parkgebührenbereich günstiger sind als Biel. Es gibt durchaus Städte (wie zum Beispiel Zug oder Neuenburg), in welchen parkieren teurer ist als in Biel. Ein Parkplatz ist etwas wert. Schlussendlich braucht die Stadt Einnahmen. Frau Tennenbaum erwähnte es bereits: der Stadtrat muss nun hinstehen und sich dazu bekennen, dass die Stadtkasse höhere Einnahmen braucht. Für mich sind Autofahrende keine Milchkühe. Wer selber einen Einstellhallenplatz oder eine Garage besitzt weiss, dass diese viel teurer zu stehen kommen als eine Parkkarte. Ich möchte auch Herrn Güntensperger zustimmen: der Stadtrat hat das Thema Parkgebühren mehrheitlich satt. Es wurde alles gesagt und alles ist klar.

Bösch Andreas, Grüne: Ich möchte eine kleine Präzisierung anbringen. Zwar bin ich nicht Mitglied des Komitees "Westast so nicht!". So wie ich aber bisher verstanden habe, ist das Komitee "Pro Westast" für die jetzt aufgegleiste Lösung mit vier Spuren und offenen Anschlüssen mitten in der Stadt. Das Komitee "Westast so nicht!" hingegen bekennt sich zum Westast, wehrt sich aber gegen die aktuelle Planung und fordert eine aus seiner Sicht erträglichere Variante. Es ist aber nicht per se gegen den Westast, so gesehen ist Ihre Aussage falsch, Herr Bohnenblust. Soweit ich weiss, gibt es auch eine Gruppierung, die sich "Stopp Westast" nennt, diese ist aber nicht identisch mit dem Komitee "Westast so nicht!".

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Für den Gemeinderat sind attraktive Rahmenbedingungen für die Steuerzahlenden ein zentrales Anliegen. Darin ist er sich mit Frau Schneider einig. Differenzen ergeben sich aber bei der Umsetzung. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass es neben intakter Infrastruktur und einem guten Bildungsangebot vor allem auch attraktiven Wohnraum braucht. Dazu gehört in aller Regel auch eine bestimmte Anzahl Parkplätze in den Wohnsiedlungen selber. Es ist nicht Ziel des Gemeinderats, im öffentlichen Raum günstige Parkplätze bereitzustellen. Die Erfahrung zeigt, dass gute Steuerzahlende kommen, sobald die Rahmenbedingungen stimmen. Guter Wohnraum ist ein wesentliches Argument, nicht aber die Parkgebühren. Auf die weiteren Anliegen möchte ich nicht weiter eingehen. Der Gemeinderat nimmt die leerstehenden Gewerberäume in der Innenstadt besorgt

zur Kenntnis. Aus seiner Sicht und im Vergleich mit anderen Städten ist aber auch klar, dass diese Entwicklung nicht auf die Parkgebühren zurückzuführen ist. Vielmehr sind gesellschaftliche Entwicklungen, namentlich der Internethandel, dafür verantwortlich. Ich stelle fest, dass die Parkplätze in der Innenstadt auch mit neuem Gebührentarif gut ausgelastet sind. Dass Parkplätze unterirdisch in Parkhäusern und nicht oberirdisch angeboten werden, entspricht einer langjährigen Strategie des Gemeinderates. Zudem gibt es gesetzliche Rahmenbedingungen, an die sich der Gemeinderat zu halten hat. Er ist in der Gestaltung der Parkgebühren nicht völlig frei. Er wird jedoch auch in Zukunft alles daran setzen, die Rahmenbedingungen für gute Steuerzahlende zu verbessern. Frau Steidle wird noch auf eine weitere Frage antworten.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je n'avais pas prévu de m'exprimer au sujet de cette intervention. En tant que Présidente de la société Parking Bienne S.A., je voulais aussi vous donner des réponses Monsieur Rebetez et je vous remercie pour cette présentation des tarifs. Il n'est pas du tout dans l'objectif de la société Parking Bienne S.A. de flouer les utilisateurs et utilisatrices des parkings. Je vais étudier comment ces tarifs peuvent être décrits de manière plus claire. Je profite d'avoir la parole pour vous corriger quelque peu, Madame Schneider. Vous avez dit que la sculpture "TEXAS" a été financée par les émoluments de stationnement. Ce n'est pas le cas. La société Parking Bienne S.A. a mis à disposition la somme de 80'000 fr. pour la réalisation du concours d'architecture et l'acquisition de l'œuvre d'art. Je tiens à rappeler, tout de même, que la construction du parking du Palais des Congrès a coûté 28 mio. fr., le retrait du matériel pollué quant à lui a coûté 20 mio. fr. et les aménagements extérieurs se sont élevés à 15 mio. fr. Donc, les coûts de l'aménagement de cette place et du parking se sont montés à 63 mio. fr. et 0.1 % du montant total, soit 80'000 fr. ont été dépensés au bénéfice de la culture.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Schneider, die Motion erheblich zu erklären

Der Antrag von Frau Schneider wird abgelehnt. Die Motion wird somit nicht erheblich erklärt.

88. Postulat 20160311, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, "Bahnhofplatz: Verkehrsströme mit Lichtsignalanlage steuern"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich danke für die Prüfung und Beantwortung dieses Vorstosses. Es ist schade, dass die Idee einer Lichtsignalanlage am Bahnhofplatz nicht weiterverfolgt werden soll. Ich hoffe aber, dass bis zum nächsten Bahnhofplatzprojekt eine gute Lösung gefunden werden kann.

Mit der Erheblicherklärung und Abschreibung des vorliegenden Postulats bin ich einverstanden.

Grupp Christoph, Grüne: Die Fraktion Grüne dankt dem Gemeinderat für die gute und sehr fundierte Antwort. Sie belegt x-fach, dass eine Lichtsignalanlage die Situation am Bahnhofplatz nicht verbessern, sondern nur viel kosten würde. **Deshalb beantragt die Fraktion Grüne, das Postulat nicht erheblich zu erklären.**

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich danke für die kurze Diskussion. Ich bitte den Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären. Der Gemeinderat hat das Anliegen geprüft, weshalb der Vorstoss nun abgeschrieben werden kann. Es nützt nichts, das Postulat nicht erheblich zu erklären, denn das Anliegen wurde geprüft. Die Resultate werden im vorliegenden Bericht festgehalten und die PostulantIn zeigt sogar ein gewisses Verständnis für die Folgerungen. Die Situation am Bahnhofplatz ist aber klar unbefriedigend. Es gibt verschiedene Optimierungsideen. Ich erinnere an die Motion 20150108 «Partielle Sperrung des Bahnhofplatzes für den MIV» von Herrn Baltzer und weitere Vorstösse. Im Moment bringt es aus verschiedenen Gründen aber nichts, einzelne Massnahmen vorzuziehen. Der Gemeinderat wird die Planung des Bahnhofplatzes nächstes Jahr wieder aufnehmen. Die verkehrliche Situation muss in einen Gesamtzusammenhang gebracht werden, ähnlich jenem, welchen das letzte Bahnhofplatzprojekt vorsah. Leider fand dieses im Volk aber bekanntlich keine Mehrheit...

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion Grüne, das Postulat nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt. Somit wird das Postulat erheblich erklärt und abgeschrieben.

89. Überparteiliches Postulat 20160312, Daniel Suter, PRR, Marcel Morandi, Fraktion BVP/CVP/BDP, Leonhard Cadetg, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, "Verkehrlich flankierende Massnahmen A5 (vfM), Ostast"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 13)

Der Gemeinderat beantragt, das überparteiliche Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Suter Daniel, PRR: À partir du 27 octobre 2017, la branche Est de l'A5 sera ouverte à la circulation. À partir de ce moment, la Ville de Bienne aura deux ans pour mettre en œuvre des mesures d'accompagnement en matière de circulation (MaC). Le premier but recherché par ce postulat est l'information. La réponse obtenue nous rassure. Manifestement, le dossier suit son cours. À ce stade, il est compréhensible que les mesures concrètes sur les différents tronçons ne peuvent pas encore être précisées. Au moins, la gamme des mesures envisageables (mesures à effet modéré et d'autres plus rigoureuses comme la création d'impasses) est présentée. D'autre

part, il est prévu de prendre des mesures immédiates, rapidement après l'ouverture de l'autoroute. Ces mesures pourraient, selon les effets qu'elles produisent, être adaptées avant qu'elles ne deviennent définitives. L'idée est intéressante car, et c'est le deuxième but du postulat, il nous semble important de démontrer concrètement les effets bénéfiques du contournement autoroutier de la Ville de Bienne par le délestage du trafic sur les axes de transit et la nécessité de parachever ce contournement par la branche Ouest.

Concernant la distinction entre mesures immédiates et mesures définitives, il pourrait toutefois se poser la question du cofinancement des MaC par la Confédération puisque, selon nos informations, ce cofinancement est réservé seulement aux mesures durables, à l'exclusion des mesures provisoires. La stratégie de mise en œuvre définie par le Conseil municipal prévoit la réalisation de mesures immédiates en matière de circulation avant la réalisation des mesures définitives. Ce processus permet d'optimiser l'effet des mesures définitives. Il y a fort à parier, que la question du financement jouera, dans cette affaire également, un rôle central. Il faut penser, que les MaC mobiliseront ces prochaines années une part importante de la capacité d'investissement de la Ville de Bienne. Ces mesures représentant un investissement global de 32,7 mio. fr., dont 13,6 mio. fr. à la charge de la Ville de Bienne datent de 2013. Il sera intéressant de voir le résultat. J'attends, avec intérêt, la proposition d'un crédit d'étude pour la réalisation des mesures définitives permettant d'atteindre les objectifs du Plan directeur, qui sera soumis au Conseil de ville au second semestre 2017. Par la suite, les projets devront passer la rampe des organes compétents au plan financier. Nous devons être conscients, que le contournement de Bienne par l'A5 ne produira très probablement pas à lui tout seul l'effet de délestage, que cet ouvrage doit avoir sur le trafic en Ville de Bienne et que des MaC et des réalisations encore à définir seront indispensables. Sous réserve de la réponse concernant la coordination des mesures immédiates avec le Canton, je suis d'accord que le postulat, une fois adopté, soit radié du rôle.

Cadetg Leonhard, FDP: Die Antwort ist befriedigend ausgefallen. Die verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) wurden aufgelistet und das vorgeschlagene Vorgehen macht Sinn. Wie wirksam die vfM sind, wird sich zeigen. Aus der Beantwortung geht auch hervor, dass der A5-Westast so rasch als möglich und wie vorgesehen gebaut werden sollte. Ich zitiere: *"Diese Verlagerungsstrategie wird gesamthaft nur möglich mit der Realisierung von Ost- und Westast mit ihren fünf Anschlüssen. Durch diese "Ringautobahn" und die Anschlüsse wird jeder Perimeter direkt an die Hochleistungsstrasse angebunden und für einen stadtquerenden Verkehr auf dem lokalen Netz wird keine Berechtigung mehr bestehen."* Gehen wir diesen Weg! Die Unterstützung der FDP ist dem Gemeinderat sicher. Die Fraktion FDP empfiehlt, dem Gemeinderat zu folgen.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Zuerst möchte ich erwähnen, dass dem Gemeinderat in der Beantwortung des vorliegenden Vorstosses ein Fehler in der Tabelle unterlaufen ist: bei den Beträgen zu den Massnahmen Mattenstrasse Ost (Code BMa2) und Pianostrasse / Brühlstrasse (Code BMa9) fehlen nämlich jeweils drei Nullen... Dafür möchte ich mich entschuldigen. Das Gesamtbild stimmt aber, wie auch Herr Suter erwähnte. Es wird von einem Gesamtvolumen von rund CHF 33 Mio. ausgegangen. In der gültigen Investitionsplanung figurieren denn auch CHF 34 Mio.. Herr Suter erkundigte sich nach der Finanzierung der

Sofortmassnahmen. Wie aus der Beantwortung ersichtlich, wird sich das Bundesamt für Strassen (ASTRA) wesentlich an der Finanzierung der vfM beteiligen. Bei den Sofortmassnahmen geht es nicht um provisorische Installationen, sondern um erste Schritte zu den eigentlichen vfM. Sie sind sogenannt "aufwärtskompatibel". Das bedeutet, dass sie den vfM nicht gänzlich zuwiderlaufen. In einem ersten Schritt sind aber noch keine Strassenumgestaltungen vorgesehen, sondern nur verkehrliche Massnahmen. Dieses Vorgehen ist mit dem Kanton abgesprochen. Dem Gemeinderat ist ein enger Kontakt mit dem Kanton aufgrund der Mitfinanzierung sehr wichtig. Wie aus der Beantwortung hervorgeht, sind auch auf Kantonsstrassen vfM vorgesehen. Diese wird der Kanton bezahlen. Verkehr ist immer als Ganzes zu beurteilen. Deshalb müssen die vfM der Stadt mit denjenigen des Kantons abgestimmt werden. Auch die Kommunikation zu den vfM Ostast ist wichtig, denn viele Strassennutzende werden sich an neue Wege gewöhnen müssen. Diese Lenkung ist auch ein Ziel der vfM. Der Gemeinderat wird deshalb Wert auf eine adäquate Information der Bevölkerung legen, denn diese muss erfahren, welche Überlegungen den Änderungen zu Grunde liegen. Ich danke für die gute Aufnahme der Beantwortung. Die vfM sind ein grosser Brocken und der Stadtrat wird bei der konkreten Umsetzung noch etliche Male darüber zu beraten haben. Ich freue mich ob der positiven Grundstimmung, denn ohne vfM wird die Umfahrung Ostast nicht funktionieren.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

90. Postulat 20160348, Leonhard Cadetg, FDP, "Strandboden: Die Stadt Biel und ihr See"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 14)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Cadetg Leonhard, FDP: Der Gemeinderat hat die im Postulat angeregte Prüfung vorgenommen, weshalb ich mit der Abschreibung einverstanden bin. Allerdings sollen die in meinem Vorstoss angeregten Massnahmen nicht sofort umgesetzt werden. Der Gemeinderat setzt bei der Pflege von Büschen und Bäumen weniger auf Sicherheit und Weitblick auf den See. Auch die schummrige Beleuchtung will er nicht optimieren. Diese ist Teil des Beleuchtungskonzepts, das zwar sinnvolle Ziele verfolgt, für den Bereich Strandboden aber dringend überdacht werden müsste. Der Gemeinderat wünschte sich hingegen, dass seine AmtsnachfolgerInnen die sich aus dem A5-Westast ergebenden Chancen nutzen. Deshalb finde ich, dass der Westast wie geplant und möglichst rasch realisiert werden sollte. Ich hoffe, ich werde dessen Eröffnung noch erleben... Die Fraktion FDP folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Bösch Andreas, Grüne: Fragen zum Strandboden interessieren mich, denn ich bin regelmässig dort anzutreffen. Bei mir zu Hause hängt sogar ein Bild, das den Blick vom Strandboden zur St. Petersinsel zeigt. Das Postulat stellt drei Fragen. Die Begründung für diese interessierte mich fast noch mehr als die Beantwortung des Gemeinderats. Ich teile die Ansicht, dass die grosse Fläche des Strandbodens durch

das Parc Café, den Spielplatz und einige Bäume geteilt wird und dadurch zwei grosse Rasenflächen entstehen. Diese als "*kleinräumig*" zu bezeichnen, finde ich aber übertrieben. Ich fragte mich auch, ob es am Strandboden tatsächlich ein Sicherheitsproblem gibt. Ist der Strandboden ein krimineller Hotspot mit dringendem Handlungsbedarf? Ich sehe das nicht so. Der Strandboden ist nachts dunkel, und das ist auch gut so. Wo findet sich schon nachts eine städtische Grünfläche, wo es dunkel ist? Das ist aus meiner Sicht etwas sehr Attraktives (*Gelächter*). Ich kann Ihnen ein Nachtbad bei Vollmond wärmstens empfehlen, das ist wunderschön. Das Postulat nennt den Strandboden überdies "*sehr unattraktiv*". Die Begründung des Postulats lässt erahnen, dass die "*vielen Büsche*" und die "*schummrige Beleuchtung*" nicht nur unattraktiv, sondern auch unsicher seien, denn "*daran ändern die regelmässigen Polizeipatrouillen leider wenig*". Der Strandboden wird auch abends stark genutzt. Ich bezweifle, dass er mit einer anderen Beleuchtung stärker genutzt würde. Vielleicht würde er andere Interessengruppen anziehen, ich vermute aber, dass sich abends gesamthaft sogar eher weniger Personen dort aufhielten. Im Weiteren fragt das Postulat, ob dort eine Privat Public Partnership (PPP) möglich sei. Über dieses Konstrukt lädt eine Gemeinde einen Privaten ein, öffentliche Aufgaben zu übernehmen. Das können einerseits zwingende Aufgaben in der Kompetenz der Gemeinden sein, andererseits aber auch öffentliche Aufgaben im Interesse der Gemeinden, wie der Betrieb eines Fussball- und Eishockeystadions. In einer PPP sucht sich die Gemeinde einen privaten Partner, der die nötige Infrastruktur zur Verfügung stellt. Im Postulat ist von einem Seminarhotel die Rede. Betrachten es Herr Cadetg und seine Partei als öffentliche Aufgabe, ein Seminarhotel zu erstellen und diesem obendrein Land im attraktivsten Naherholungsgebiet der Region zu opfern? Das ganze Postulat zielt darauf ab zu zeigen, wie wertvoll und wichtig der Strandboden als Naherholungsgebiet ist. Ich weiss nicht, wem in der Stadt eine private Nutzung durch ein Seminarhotel wirklich etwas bringen würde...

Kugathas Sakitha, PSR: Il est vrai, que le réaménagement des Prés-de-la-Rive doit s'inscrire dans une perspective à long terme. Le projet de construction de la branche Ouest de l'A5 ne facilite pas, actuellement, la projection des travaux, mais, il est nécessaire de donner quelques explications de la stratégie des travaux en trois phases proposée par le Conseil municipal. Premièrement, il faut définir dans quels secteurs et pour quel laps de temps les surfaces nécessaires à l'exploitation du chantier devront être séparées. Il conviendra d'élaborer des mesures d'accompagnement visant à garantir une affectation de qualité maximale pour les surfaces restantes. Quelles sont ces mesures d'accompagnement? Ensuite, jusqu'à l'ouverture de la branche Ouest de l'A5, il est question de mesures ponctuelles et d'entretien visant à maintenir les qualités des Prés-de-la-Rive en tant que parc public arborisé et à maintenir le Parc Café en exploitation. N'est-ce pas là un service, que la Ville doit garantir à un espace public? Finalement, il est question que les travaux d'étude devraient débiter que dans une dizaine d'années, mais le thème du financement par d'éventuelles compensations sera déjà thématiqué en amont. Dès lors pourquoi n'est-il pas envisageable de débiter ces travaux d'étude plus tôt? Cela permettrait de commencer de projeter le réaménagement de l'espace non octroyé aux travaux de l'A5 et ainsi la population pourrait profiter de cette place publique dans de meilleures conditions.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Das Postulat spricht drei Themen an, die alle mit dem Strandboden in Verbindung stehen, aber

verschiedene Bereiche betreffen. Ich möchte auf Punkt 2 eingehen, die Forderung bezüglich Parc Café. Der Stadtrat hat im letzten Dezember entschieden, das Parc Café zu sanieren. Damit ist für die nächsten paar Jahre klar, in welche Richtung es geht. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Strandboden eine öffentliche Fläche bleiben soll, was soviel ich weiss auch unbestritten ist. Punkt 1 des Postulats fragt nach konkreten Massnahmen für eine punktuelle oder umfassende Neugestaltung. Auch ich fände eine sofortige Neuplanung toll. Sicherlich gibt es selten eine schönere Aufgabe als die Neugestaltung eines Seeufers. Leider ist der Zeitpunkt momentan aber ungünstig, weil höchstens partielle Umgestaltungen möglich wären. Bevor nicht klar ist, wie es mit dem A5-Westast weitergeht und dieser realisiert ist, kann der Strandboden nicht als ganze Fläche neu gestaltet werden. Zehn Jahre scheinen eine lange Zeit. Eine nächste Generation wird die Chance haben, am Strandboden etwas Tolles zu realisieren. Ich glaube aber, die heutige Nutzung des Strandbodens ist relativ unproblematisch. Trotzdem hat er sicher eine Auffrischung nötig. Der Gemeinderat sieht punktuelle Verbesserungen vor, die über die reine Pflege der Sträucher und Bäume hinausgehen. Die Stadt muss aber in den nächsten Jahren in verschiedensten Gebieten grosse Investitionen tätigen. Es gilt also, Prioritäten zu setzen. Kleinere Projekte sollten am Strandboden aber trotzdem umgesetzt werden können, vielleicht auch zusammen mit einem privaten Partner. Eine Gesamterneuerung ist aber im Moment wie gesagt nicht opportun. In diesem Sinn ist auch die in der Beantwortung vorgeschlagene Vorgehensweise zu verstehen. Darf ich annehmen, dass der Stadtpräsident sich momentan nicht zur A5 äussern möchte? Das trifft zu... Danke, dass der Stadtrat die Überlegungen des Gemeinderats nachvollziehen kann und seinem Antrag folgen will.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

91. Interpellation 20160313, Pierre Ogi, Fraktion SP, "Was läuft im Übersetzungsdienst der Stadt Biel?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 15)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Ogi Pierre, au nom du Groupe SP/JUSO: Tous les mercredis matins, après avoir lu le Journal du Jura, je vais à la boîte aux lettres et je trouve le journal "BielBienne". Dans ce journal, je regarde en premier lieu les commentaires politiques faits soit par Monsieur "BielBienne" (Mario Cortesi), soit par Monsieur Hadorn ou soit par Monsieur Hamdaoui et ensuite je lis la rubrique des anniversaires. Sous la rubrique "À propos..." Monsieur Cortesi critique le Service de traduction de la Ville de Bienne, car selon lui, onze fautes de syntaxe ou de grammaire ont été trouvées dans la version française des explications contenues sur les cartes de stationnement remises par le Département de la sécurité publique. Le dernier des idiots estime que cela n'est pas possible! Selon moi, onze fautes sur un petit texte est tout simplement impossible. Je me suis renseigné au Département de la sécurité publique et j'ai obtenu pour réponse, qu'il ne s'agit pas d'une erreur du Service de traduction de la Ville. Cela me rend furieux, car la rectification demandée par le Maire et la Chancelière municipale n'a pas été mise en valeur. L'image qui reste est que le personnel de la Ville de

Bienne n'est pas à la hauteur et ne réalise pas un travail correct. J'attendais de Monsieur Feurer, qu'il contacte la presse locale, afin de démentir cette information. Malheureusement, la Direction de l'action sociale et de la sécurité a considéré qu'il n'était plus nécessaire d'intervenir auprès du rédacteur responsable. Je fais partie du Conseil des affaires francophones de Bienne (CAF) et les membres de ce conseil sont très attentifs sur le fait que l'égalité de traitement des deux langues officielles de la Ville soit respectée. Je ne comprends pas cette attaque au personnel de la Ville de Bienne, mais Monsieur "BielBienne" ne voulait pas critiquer directement Monsieur Feurer. En effet, Monsieur Cortesi chouchoute Monsieur Feurer et affirme même, que suite à sa brillante réélection, Monsieur Feurer, est toujours critiqué par le Conseil municipal, qui aurait autre chose à faire. Monsieur Feurer a été brillamment réélu et pour le récompenser de son bon travail, l'UDC lui a baissé son salaire de 3'000 fr. par mois et également aux autres membres du Conseil municipal. Cette histoire n'est pas bonne pour l'image de la Ville de Bienne et je pense, que Monsieur Cortesi aurait pu publier plus que trois lignes en coin de page sur les faits rectifiés. Le mal était fait et cela était intentionnel de la part de Monsieur Cortesi. Je suis satisfait de la réponse du Conseil municipal, mais pas par les commentaires de Monsieur Cortesi.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich danke Herrn Ogi, dass er mit seinem Vorstoss Licht in diese leidige Angelegenheit gebracht hat. Es ist immer unerfreulich, wenn Mitarbeitende, die ihre Aufgabe korrekt erledigt haben, unbegründeterweise angegriffen werden. Der von Herrn Ogi erwähnte Beitrag im "BielBienne" war nicht korrekt recherchiert. Am Erscheinungstag des fraglichen Artikels wurde schriftlich eine Richtigstellung verlangt, diese erfolgte dann aber nur halbbatzig. Es ist spät und ich möchte nicht mehr allzu viel sagen. Ich schliesse mit einem Zitat aus dem Buch "Frösche küssen - Kröten schlucken" von Peter Rothenbühler. Der Autor beschreibt darin das Büro Cortesi, wie es vor rund 50 Jahren war: *"Im Büro Cortesi herrschten strenge Regeln. Wir mussten alles zwei Mal verifizieren. Es galt das Motto anrufen, telefonieren, alle von einer Story betroffenen Personen zu Wort kommen lassen."* Das war 1970...

Bohnenblust Peter, FDP: Vielleicht kann ich Herrn Ogi noch eine Freude machen. Im heutigen BielBienne ist in der Rubrik "Happy birthday to you" zu lesen, dass Herr Güntensperger auf Deutsch "*Grossrat*" und auf Französisch "*Conseiller de ville*" ist. Auch im Büro Cortesi passieren demnach Übersetzungsfehler... Zudem findet sich auf der Leserbriefseite ein Foto, welches das Quartier Weidteile zeigen soll. Bei genauer Betrachtung stellt sich aber heraus, dass es ein Bild der Bieler Innenstadt ist. Ein weiterer Fehler des Büros Cortesi...

92. Interpellation 20160314, Nathan Güntensperger, GLP, "Finanzen aus dem Lot"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 16)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Güntensperger Nathan, GLP: Nun kommen wir zum ironischen Teil des heutigen Abends... Bis gestern war ich ziemlich verärgert über die Beantwortung meiner Interpellation. Ich überlegte mir sogar, diese nicht zu kommentieren und nur zu sagen, dass ich überhaupt nicht befriedigt bin. Dann erinnerte ich mich aber an den wahren Grund für meine Interpellation. Vordergründig wollte ich damit erfahren, wie der Gemeinderat die Stadtfinanzen langfristig sanieren will, so dass es bei einer markanten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage oder einem markanten Anstieg der Schuldzinsen nicht zu einem totalen Fiasko kommt. Hintergedanke der Interpellation war jedoch aufzuzeigen, dass der Gemeinderat gar keinen Plan hat, wie er dies erreichen will. Das ist mir recht gut gelungen... Die Beantwortung von Frage 1 enthält die Schüsselaussage, mit der nachhaltigen Haushaltsanierung (NHS) sei das Ziel bereits erreicht. Tatsächlich schloss die Rechnung 2016 anscheinend mit einer schwarzen Null, weil die Steuereinnahmen offenbar höher ausfielen als erwartet, wie dies ja auch in Bern und anderen Gemeinden der Fall war. Allerdings haben diese anderen Gemeinden Überschüsse erzielt... Zudem müssen in Biel die Investitionen auch mit einer schwarzen Null weiterhin fremdfinanziert werden. Deshalb scheint mir nicht alles in Ordnung zu sein. Frage 2 erachtet der Gemeinderat mit seiner Antwort auf Frage 1 als ebenfalls beantwortet. Es genügt also ein ausgeglichenes Budget und alles ist wieder im Lot... Über die Fragen 3 und 4 hat der Gemeinderat gemäss seiner Beantwortung noch nicht diskutiert, obwohl ich diese Fragen stellte... Aus meiner Sicht müssten sie im Sinne einer proaktiven und weitsichtigen Politik sehr wohl bereits diskutiert worden sein. Aber eben: wahrscheinlich reagiert der Gemeinderat erst dann, wenn ihm das Wasser wiederum bis zur Unterlippe steht... Zu Frage 5 meint der Gemeinderat, es gebe kein weiteres Sparpotenzial, da bereits alle möglichen Einsparungen realisiert worden seien. Ich erinnere mich aber an einen unangetasteten "Topf B" NHS-Massnahmen... Die Beantwortung zu Frage 6 ist nicht sehr aussagekräftig. Ich nehme an, dass die Zinsen nicht mehr weiter sinken, denn zum Teil liegen sie schon im Negativbereich. Folglich werden sie wahrscheinlich ansteigen. Zu Frage 7 sagt der Gemeinderat, er spare auf anderen Aufwandpositionen. In der Beantwortung von Frage 5 verweist der Gemeinderat aber auf seine Beantwortung von Frage 1, wonach alles bereits erledigt ist. Das finde ich seltsam. Frage 8 befasst sich mit der Schuldenbremse. Ich bin gespannt, ob eine solche eingeführt wird und wie sie bei der politischen Zusammensetzung des Stadtrates ausgestaltet sein wird. Da meine Hintergedanken durch die Beantwortung des Gemeinderates bestätigt wurden, muss ich eigentlich sagen, dass ich von der Beantwortung befriedigt bin.

Bösch Andreas, Grüne: Was für die SVP Parkplätze, sind für Herrn Güntensperger die Finanzen. Er stellt immer wieder die gleichen Fragen und macht die gleichen Aussagen. Die vorliegenden Fragen hat der Gemeinderat bereits anlässlich der Budgetdebatte behandelt. Sie können nur durch hypothetisches Kaffeesatzlesen beantwortet werden. Aus meiner Sicht hätte das Geld für die Beantwortung dieser

Interpellation gespart werden können, denn sie bestätigt ja nur, was Herr Güntensperger bereits weiss...

Steidle Silvia, directrice des finances: Monsieur Güntensperger, je suis profondément désolée que la réponse du Conseil municipal ne soit pas à la hauteur de vos attentes. Je vous accorde qu'elle est un peu courte, mais il ne faut pas dire, que le Conseil municipal ne prenne pas ces questions très au sérieux ou qu'il n'ait pas de plan. La situation financière est examinée dans le cadre de la planification financière, qui est soumise chaque année au Parlement, en même temps que le budget. Toutes les réponses à vos questions s'y trouvent et c'est pour cela que le Conseil municipal s'est permis une réponse relativement courte. Les facteurs endogènes et exogènes, qui influencent les finances municipales mais aussi les modèles d'assainissement, y sont décrits longuement, avec présentation de la stratégie pour combler le manque de durabilité. Les répercussions du volume d'investissement sur l'évolution de la dette y sont également décrites. Je rappelle, que l'assainissement des finances municipales a été lancé en 2016 et qu'il se poursuit jusqu'en 2018. Vous avez raison, les comptes 2016 sont réjouissants mais les efforts continuent. Les années 2019 et suivantes feront l'objet d'une analyse très détaillée dans le plan financier, qui vous sera soumis cette année. C'est pour cette raison que la présente réponse est relativement succincte et je vous prie d'excuser le Conseil municipal, car il ne voulait blesser personne et je vous renvoie au plan financier.

93. Interpellation 20160315, Mohamed Hamdaoui und Caroline Jean-Quartier, PSR "Wie ein Baum in der Stadt..."

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 17)

Die InterpellantInnen ist von der Antwort **befriedigt**.

Hamdaoui Mohamed, PSR: Je ne suis pas satisfait de la réponse du Conseil municipal, mais je suis ravi par sa réponse. En effet, elle est complète, enrichissante et instructive et je constate, aussi avec ravissement, que le Conseil municipal connaît le répertoire de Maxime le Forestier, à moins que Wikipedia fonctionne très bien. Cette réponse intéressante prouve une chose: c'est que la qualité de vie, qui passe par les arbres, a un coût. Pour certaines personnes c'est énorme, mais cela vaut le coup.

Grupp Christoph, Grüne: Ich möchte dem Gemeinderat und allen involvierten Mitarbeitenden für die vorliegende Beantwortung danken. Sie ist sehr aufschlussreich, fachlich fundiert und vielleicht gar etwas poetisch. Aus der Beantwortung wird ersichtlich, dass sie von praxiserprobter Stelle verfasst wurde und nicht von einem PR-Büro. Solche kenne ich zur Genüge aus meinem beruflichen Umfeld... Die Stadt kann sich glücklich schätzen, dass sie Mitarbeitende hat, die ihre Aufgabe mit so viel Herzblut erfüllen.

Par contre, je ne comprends pas qu'est-ce qui pousse les interpellant(e)s à mettre en avant de cette manière la fonction cruciale des arbres dans notre Ville, qui améliore la qualité de vie de tous les jours. Les coûts ne sont pas négligeables, mais

certainement justifiés. Je me permets de citer Martin Luther, qui avait dit à l'époque: *"Si l'on m'apprenait que la fin du monde est pour demain, je planterais quand même des pommiers. Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen."* Ich bin sicher, dass der verstorbene ehemalige Stadtrat Hervé Treu irgendwo mit Martin Luther über diesen Satz philosophiert...

Gugger Reto, BDP: Ist Ihnen aufgefallen, dass heute Abend zwei formell seltsame Interpellationen behandelt wurden? Bei der Interpellation 20170057 «Teilrevision Sozialhilfegesetz Vernehmlassung durch RR Schnegg und die Folgen für die Gemeinde Biel» sowie bei der vorliegenden ist mir folgendes aufgefallen: Beide Interpellationen stellten eine Anzahl nummerierter Fragen. In der Beantwortung des Gemeinderats fehlt diese Nummerierung aber gänzlich und der Stadtrat ist gezwungen, sich die Antworten auf die gestellten Fragen selber zusammensuchen. Ich bitte den Gemeinderat deshalb, bei der Beantwortung von Interpellationen daran zu denken, dass der Stadtrat ein Milizparlament ist, dessen Mitglieder nicht unerschöpflich viel Zeit für die Ausübung ihres Mandats aufbringen können. Ihnen ist es manchmal nicht so wichtig, wie süffisant die Lektüre einer Beantwortung ist. Sie möchten aber auf einen Blick erkennen, ob alle gestellten Fragen beantwortet sind. Ich würde es sehr schätzen, wenn die Antworten künftig wieder nummeriert würden.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich danke für die gestellten Fragen. Auch ich verstand zuerst nicht ganz, worum es wirklich geht. Die Beantwortung wurde von Herrn Brentano, dem Stadtgärtner, verfasst und damit von einer Person aus der Praxis. Er arbeitet sehr gut und mit viel Herzblut. So fällt auch die Beantwortung wunderbar aus. Herr Brentano schrieb einen informativen, aber auch poetischen Text, der aber nicht durchnummeriert ist. Als er mir vorgelegt wurde, befürchtete ich, der Gemeinderat würde eine Nummerierung verlangen. Für mich ist der Text ein stimmiges Ganzes, weshalb ich ihn nicht verändern wollte. Zudem wurde die Interpellation von Herrn Hamdaoui eingereicht, der seinerseits ebenfalls eine poetische Ader hat, beginnt doch auch der Vorstoss etwas poetisch. Deshalb riskierte der Gemeinderat vorliegend ebenfalls einen etwas poetischen Text, der aber alle gestellten Fragen beantwortet. Nächstes Mal wird der Gemeinderat wieder durchnummerieren, behält sich aber Ausnahmen vor.

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Hiermit schliesse ich die Sitzung. Ich wünsche allen eine gute Heimkehr.

94. Neueingänge

20170159	Dringliches überparteiliches Postulat Cécile Wendling, FDP, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, Christoph Grupp, Grüne, Salome Strobel, SP, Pascal Fischer, DE	BEU
	Ohne die Römerquelle gäbe es Biel nicht Sans la Source des Romains, Bienne n'existerait pas	
20170160	Interpellation urgente Glenda Gonzalez, Groupe PSR, Myriam Roth, Groupe Les Verts	MAI
	Biel/Bienne en passe de devenir Biel ? Wird Biel/Bienne Biel?	TEE
20170161	Dringliche überparteiliche Interpellation Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Judith Schmid, PdA	DSS
	Leistungsauftrag Ansprechstelle Integration Mandat de prestations de l'Antenne d'intégration	
20170162	Überparteiliches Postulat Julien Stocker, GLP, Miro Meyer, JusO, Lena Frank, Grüne, Anna Tanner, SP, Judith Schmid, PdA	BEU
	Autofreier Bahnhofplatz Place de la Gare exempte de voitures	PRA DSS
20170163	Interpellation Christian Löffel, Fraktion EVP/BDP	DSS
	Wassergefahren in Biel Risques d'inondation à Bienne	BEU
20170164	Interpellation Christian Löffel, Fraktion EVP/BDP	FID
	Schuldenentwicklung in Biel Évolution de l'endettement à Bienne	
20170165	Interpellation Christian Löffel, Fraktion EVP/BDP	BEU
	Arbeitsvergaben in der Baudirektion am Beispiel der Schulanlage Châtelet Adjudication de travaux de la Direction TEE à l'exemple du complexe scolaire du Châtelet	PRA
20170166	Interpellation Christoph Grupp, Fraktion Grüne	DSS
	Baustelleninstallationen auf Trottoirs Installations de chantiers sur les trottoirs	BEU

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:41 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane